

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

245 (21.10.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Anträgen außer Kraft tritt o. Befristungserklärung und Geschäftsblatt III Karlsruher L. 2. o. Inhalt der Anzeigen-Ansätze 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. über Juliatur 2,20 Mark o. Durch die Post monatlich 2,60 Mark o. Halbjährlich 13 Pfennig o. Vierteljährlich 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachstelle 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Teleframbstellen: Durack, Hauptstraße 9; B.-Baben, Jagdhäuserstraße 12; Reiffert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 245

Karlsruhe, Dienstag, den 21. Oktober 1930

50. Jahrgang

Unsere Taktik im Reichstag

Für Arbeiterinteressen - Gegen Faschismus und Bolschewismus

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns:

Die Sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags hatte in ihrer ersten Sitzung vom 3. Oktober 1930 die Richtlinien für ihre politische Arbeit formuliert. Es wurde darin festgestellt, daß die Demokratie von allen sozialreaktionären Kreisen bedroht ist, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Die Demokratie ist aber auch bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten und durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse isoliert und den Kampf gegen die Sozialreaktionäre und den Faschismus eskalieren. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. „Die Sozialdemokratische Fraktion“, so wird in der Entschließung betont, „entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befreiung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen die höchste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlamentes mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Mit dieser Entschließung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie sich das Gesetz des Handbuchs nicht von den Gewinnern der arbeitenden Klassen vorzuschreiben läßt, sondern den Weg zu gehen entschlossen ist, den die Interessen des werktätigen Volkes fordern. Sie hat durch die Annahme des Schuldenkredits die Aufnahme eines Ausleihkredits von 500 Millionen Mark ermöglicht und damit die Auszahlung der sozialen Unterhaltungen, der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne gesichert. Sie hat die Überweisung der in der reichstagslosen Zeit erlassenen Notverordnungen zur Beratung im Haushaltsausschuß zugestimmt, sie hat die Erklärungen der Regierung über ihr Programm zur Kenntnis genommen und ist über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landbündler eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning oder einzelne Mitglieder dieser Regierung zur Tagesordnung übergegangen. Die Fraktion hat sich bei dieser taktischen Stellungnahme, die keine Vertrauensfundgebung für die Regierung in sich schließt, von folgenden Ermäßigungen leiten lassen:

Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag

Die Wahl vom 14. September hat die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag vollkommen verändert. Im letzten Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion 132 Mandate bei einer Gesamtzahl von 491 Mandaten. Sie bildete also fast ein Drittel des Reichstags. 21 Monate lang regierte die „große Koalition“, die mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit hinter sich hatte. Die Sozialdemokratie war allerdings auch im Kabinett der „großen Koalition“ in der Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Im neuen Reichstag besteht diese Koalitionsverhältnisse nicht mehr. Die sozialdemokratische Fraktion bildet jetzt nur ein Viertel des Reichstags. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, die an Stelle der demokratischen Verfassung die Diktatur setzen wollen, stellen allein 225 unter 577 Abgeordneten. Zu ihnen muß man aber noch mehrere kleine Fraktionen zählen, deren Befolgungstreue zweifelhaft ist.

Eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit scheidet von vornherein aus jeder Diskussion aus. Aber auch das Kabinett Brüning hat keine Mehrheit. Es kann jeden Tag gestürzt werden. Die Frage ist also nicht, ob das gegenwärtig amtierende Kabinett, sondern wann es gestürzt werden soll. Für die Sozialdemokratie ergibt sich als Antwort auf diese Frage, daß die Zustimmung zu dem Antrag über die von den verfassungsändernden Parteien gestellten Mißtrauensanträgen zur Tagesordnung überzugehen, keine Vertrauensfundgebung für das Kabinett Brüning bedeutet.

Nach einem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. Es erhält vom Reichspräsidenten Hindenburg die Vollmachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Maßnahmen findet, und eine erneute Auflösung von seiner Seite befürchtet wird, weil sie sobald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung verspricht, so müßte es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, daß sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstags im Amte halten könnte. Der Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung würde dauernd auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und staatsrechtlichen Lebens angewandt werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die

Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wenn sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiß.

2. An die Stelle des Kabinetts Brüning tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenskabine, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktaturartikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie die, die oben aufgeführt worden sind.

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg zur Bildung einer Reichsregierung mit Einfluß der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitlerregierung. Da auch die Reichsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert würde. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren, sie wollen sich aller Machtmittel des Reiches bemächtigen, um allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die maßgebenden Beamtenstellen mit ihren Anhängern besetzen.

Eine verschleierte oder unverschleierte Hitlerregierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstags und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziele.

Die Forderung einer Hugenberg-Hitler-Regierung wäre nicht etwa eine Entladung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht eine Zerschlagung der Nationalsozialistischen Partei. Eine Hitlerregierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziele setzen, also Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterklasse, dauernden militärischen Belagerungsstand, Aufhebung der Pressefreiheit und sonstiger politischer Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkrieges im Innern und des Revolutionskrieges nach außen.

Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

Wirkung auf Preußen

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Augenblick den Nationalsozialisten und den Kommunisten geschlossen hätte, das Kabinett Brüning zu beiseitigen und somit an seine Stelle eine reaktionäre Beamtens- oder eine Hitlerregierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der preussischen Koalition nach sich gezogen. In Preußen, dem größten der deutschen Länder, sind die Vertreter des Ministerpräsidenten, des Innens- und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Ansturm der Reaktion auf die republikanisch-demokratische Verfassung des Reichs nur durch die feste Haltung der Regierung in Preußen abgewiesen werden. Das

wissen die Nationalsozialisten recht gut und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung im Reich, sondern zugleich auch die Zerschlagung der ickischen Regierung in Preußen. Im Reich verlangen sie das Reichswehrministerium, in Preußen das Innenministerium und dazu das Polizeipräsidentium in Berlin, der Hauptstadt des Reiches. Mit anderen Worten, sie wollen sämtliche militärischen und polizeilichen Kräfte in ihre Hand bekommen, um an die Stelle der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes eine brutale Gewalt Herrschaft von oben zu setzen. Preußen soll wieder, wie vor dem Kriege, der Sort der Reaktion für das ganze Reich sein.

Der Kampf gegen die Notverordnungen

Die von der Regierung Brüning nach der Auflösung des Reichstags erlassenen Notverordnungen enthalten nicht nur einige sozialpolitische Verschlechterungen, wie die Einführung einer Krankenversicherung- und Rezeptgebühr, auch einen Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und die Einengung der Rentenerfordernisse. Es befinden sich darin die Steuerzuschläge auf die Einkommensteuer über 8000 M. und außerdem der gesamte Haushalt für das laufende Rechnungsjahr.

Die vorbehaltlose und sofortige Aufhebung der Notverordnungen würde also einen Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft zur Folge haben. Darüber hinaus müßte sie auch zu einer erheblichen Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung führen, denn durch die Notverordnung sind die Beitragserhöhungen in Kraft getreten, ohne die die jetzigen Unterstützungssätze nicht aufrecht zu erhalten sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelte also im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die sofortige Aufhebung der Notverordnungen ablehnte und der Überweisung an den Ausschuh zustimmte. In diesem wird sie den Kampf um die Beilegung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Notverordnungen führen. Sie wird weiter dafür kämpfen, daß die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ohne größere Belastung der Arbeiterklasse gesichert sind.

Auch die Kommunisten haben grundsätzlich nicht die Aufhebung der gesamten Notverordnungen verlangt, sondern nur einzelner Teile davon. In ihrem Antrag an den Reichstag sprachen sie mit keinem Wort von dem Reichshaushalt, sie geben also zu, daß eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert werden muß, und das bedeutet nichts anderes, als daß auch sie mit der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen einverstanden sind und der Überle-

Staatsfeinde und Reichstag

Der Reichstag soll tagen, damit sie brüllen und toben können

Der Reichstag hat sich am Samstag auf die Dauer von sechs Wochen vertagt und seinen Wiederzusammentritt auf den 3. Dezember festgelegt. Das geschah einmal, weil die angelegentlichsten Wünsche der Regierung zunächst dem Reichstag und dann erst dem Reichstag zugehen und ferner, weil während der Pause die Ausschüsse arbeiten sollen, in erster Linie der Haushaltsausschuß, dem die Notverordnung übergeben worden ist.

Diese Vertagung des Reichstags aber paßt der Rechten durchaus nicht in den Kram. Sie erstrebt weitere Gelegenheiten, den Parlamentarismus durch Kadaverorgien zu diskreditieren. Nationalsozialisten und Deutschnationale kündigen Anträge an, durch die die vorzeitige Einberufung des Reichstags erwungen werden soll. Wenn die Hugenbergblätter dabei die Behauptung aufstellen, die Regierung sei durch Artikel 24 der Reichsverfassung verpflichtet, den Reichstag am ersten Mittwoch des Monats November einzuberufen, ein Drittel des Reichstags aber könne die frühere Einberufung verlangen, so zeigt das nur die Kennntnislosigkeit dieser Gesellschaft.

Zunächst ist festzustellen, daß nicht die Reichsregierung, sondern der Reichstagspräsident den Reichstag einberuft und daß der Reichstag souverän ist, selbst den Termin für seinen Zusammentritt zu bestimmen und festzusetzen. Gewiß heißt es im Artikel 24 der Reichsverfassung:

„Der Reichstag tritt in jedem Jahr am ersten Mittwoch des November am Sitz der Reichsregierung zusammen.“

Aber diese Bestimmung ist zu einer Zeit geschaffen worden, als man glaubte, daß die Sitzungsperioden des Reichstags in Sessionen eingeteilt werden, wie dies vor dem Kriege auch der Fall war. Durch den Sessionsbeschluss fiel der Anspruch auf Immunität fort, es erloschen aber auch sämtliche eingereichten Anträge und Gesetzentwürfe. Diese Wirkungen haben dazu geführt, daß in der Nachkriegszeit die Einteilung in Sessionen fortgefallen ist, der Reichstag innerhalb einer

Wahlperiode niemals geschlossen, sondern nur vertagt wurde. Die Bestimmung über den Zusammentritt am ersten Mittwoch des November ist infolgedessen schon seit Jahr und Tag nicht mehr zur Anwendung gekommen. Mehrfach haben auch Zwischentagungen stattgefunden, so z. B. im August 1924 zur Beratung der Dawesgesetze und im September 1929 zur Beratung der Arbeitslosenversicherung. In diesen beiden Fällen ist also ebenso wie in diesem Jahre ein früherer Zusammentritt des Reichstags als am ersten Mittwoch des November erfolgt, so daß schon aus diesem Grunde der Zusammentritt am ersten Mittwoch des November nicht mehr zu erfolgen braucht.

Im übrigen bestimmt der Artikel 24 der Reichsverfassung, daß der Reichstag den Schluß der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts bestimmt. Das ist durch den Beschluß vom Samstag geschehen. An diesem Mehrheitswillen des Reichstags kann auch eine Minderheit nichts ändern. Würde eine Minderheit den Zusammentritt des Reichstags beschließen, so hätte die Mehrheit entweder durch Fernbleiben von der Tagung oder durch einen nochmaligen Vertagungsbeschluss jedenfalls die Möglichkeit, dem entgegenzutreten. Ueber diesen Sachverhalt hat es bisher keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Nur parlamentarische Neulinge können deshalb von „Staatsstreich“ und ähnlichem jaspers.

Wenn die Reichstagsfraktion des Landvolks den Reichspräsidenten aufgefordert hat, den Reichstag früher einzuberufen, so ist auch das nur eine Geste. Nachdem der Reichstag den Termin seines Wiederzusammentritts festgesetzt hat, ist auch der Reichstagspräsident an diesen Termin gebunden, und wenn schließlich Gregor Straker den Antrag auf Einberufung des Überwachungsausschusses stellt, so sei ihm vorher das Studium des Paragraphen 35 der Reichsverfassung empfohlen, der die Befugnisse des Ausschusses festlegt. Wichtigere mag eine erfolgreiche Betätigung des Herrn Straker in Volksversammlungen sein, wo man Komödianten liebt, im Reichstag wird er damit nur der Lächerlichkeit zum Erfolg verheffen.

tung ihres Inhalts in ablehnlche Formen zustimmen. Damit wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch von dieser Reichstagsfraktion trotz allem Geschrei sachlich anerkannt.

Die Mißtrauensanträge

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit der Front gegen das Kabinett Brüning geführt. Sie steht auch heute in entschiedener Gegnerschaft gegen diese Regierung. Trotzdem hat sie keinen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht. Diese faktische Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt nichts anderes, als daß sie sich den Zeitpunkt bestimmen ließ, an dem sie zum Angriff gegen das Kabinett Brüning vorgeht. Eine solche Taktik ist in Ländern mit gesetzlicher parlamentarisch-demokratischer Verfassung eine Selbstverständlichkeit. So steht in England der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine Mehrheit der Konservativen und Liberalen Partei gegenüber. Diese Mehrheit hätte schon unzählige Male das Arbeiterkabinett Macdonalds stürzen können. Wenn sie das bisher nicht getan hat, so liegt sie nicht in der Erwägung, daß es weder für die Konservative noch für die Liberale Partei und auch nicht für eine konservativ-liberale Mehrheit abotlen sei, den Sturz des Arbeiterkabinetts herbeizuführen und selbst die Regierung zu übernehmen. Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen. Sie kann aber unendlich mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokratie von dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitenden Klassen durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Mißtrauensanträgen anderer Parteien ab, und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen offen arbeitende Feinde sind oder wie die Kommunisten durch ihre Taktik zur Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muß den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheiten des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

Groener gegen den Januschauer

Der Reichswehrminister wird auf die Rede des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg-Januschau in der Samstagssitzung des Reichstags brieflich antworten. In der Antwort, die nach der inzwischen erfolgten Einsichtnahme des Reichswehrministers in das amtliche Protokoll der Rede, am Dienstag oder Mittwoch an Oldenburg-Januschau abgehen wird, werden die Angriffe des deutsch-nationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

Die Wahlen im Hamburger Landgebiet

Die Nationalsozialisten stagnieren. Zu den Gemeinde- und Landesausschuhwahlen im Hamburger Landgebiet wird uns aus Hamburg noch geschrieben: Das Ergebnis dieser Wahlen ist insofern interessant, als insbesondere die Nationalsozialistische Bewegung nicht mehr auf eine aufwärtssteigende Linie deutet. Im Hamburger Bezirk, der die Landgemeinden umfaßt, verloren die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ein Drittel ihrer Stimmen vom 14. September, während alle anderen Parteien dem zehnprozentigen Stimmenrückgang entsprechend 10 Prozent ihrer Stimmen einbüßten. Nur im Landkreis I tonnten die Nazis ihre Stimmen vom 14. September behaupten.

Die Kürzung der preuß. Landtagsdiäten

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beschloß heute am Montagabend mit den Anträgen auf Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Landtages. Es fand ein Antrag Annahme, den Präsidenten des Landtages zu erlauben, die Kasse des Landtages anzuweisen, die Aufwandsentschädigung für Landtagsmitglieder vom 1. November 1930 ab um 20 v. H. und die Entschädigung für Ausschusssitzungen an planmäßigen Tagen um 50 v. H. bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung zu kürzen.

Wann gedenkt Braunschweigs Naziminister zurückzutreten?

Einsetzung des braunschweigischen Landtags verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat auf Grund des Art. 20 der Verfassung die sofortige Einberufung des Landtages verlangt und eine Große Anfrage an der Anwesenheit Dr. Franke eingebracht. Die Anfrage zielt in folgenden Punkten: 1. Ist Minister Dr. Franke bereit, sein Amt niederzulegen oder wenigstens bis zur Entscheidung des Strafverfahrens sich aller Dienstgeschäfte zu enthalten? 2. Welche Folgerungen gedenkt das Staatsministerium aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franke zu ziehen?

Ergebnislose Ruhrbergbau-Verhandlungen

Die einseitige Unternehmerreaktion. Bochum, 20. Okt. (Eig. Draht). Die Verhandlungen im Ruhrbergbau in Essen verliefen ergebnislos. Die Bergarbeitervertreter forderten die Wiedereinführung der Sechsstundenarbeit, da die Friedensleistungen nicht erreicht, sondern weit überschritten seien. Damit sei die Voraussetzung für die siebenstündige Arbeitszeit gegeben. Die riesige Arbeitslosigkeit im Bergbau zwingt zur Arbeitsbeschaffung durch Verfüzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Recht auf Verfahren von Ueberstichten über die bisherige Arbeitszeit hinaus gegeben werden müsse. Eine Behebung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Senkung der Selbstkosten und herabgesetzten Wettbewerb möglich. Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, daß die Abkürzung der Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen beargwünzt seien. Die strikte Durchführung des Unternehmerstandpunktes müsse zur Vereinerklichung der Bergarbeiter führen. Zu beachten sei, daß in dem größten Kohlenausfuhrland der Welt, in England, die Arbeitszeit im Bergbau ab Dezember verlustig werde. Die Unternehmer wickelten sich gegenüber den Argumenten der Gewerkschaft vollkommen ablehnend. Sie wollen durch Anrufung des Schlichters für Anfang November neue Verhandlungen in die Wege leiten.

Nazi-Geldgeber mucken auf

Gegen den Berliner Metallarbeiterstreik. Am 16. Oktober tagte in Berlin der sogenannte Führeraus- schuß der Nationalsozialistischen Partei, in dem der industrielle Flügel dank seines ökonomischen Ueberge- wichts völlig dominiert. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Berliner Metallarbeiterstreik;

hierzu hatte am 15. Oktober die Berliner Gauleitung der NSDAP. eine Erklärung erlassen, die einem Streikverbot gleichkommt und die u. a. die Verbundung enthält, daß der Streik berechtigt sei, eine gesetzliche Grundlage habe, und die mit der Aufforderung an die nationalsozialistischen Parteimitglieder schließt, sich in den Dienst der Metallarbeiter zu stellen.

Gegen diese Erklärung einer offiziellen Stelle der Hitler-Partei wurde von der Mehrheit des Führeraus schusses in härtester Weise protestiert;

der Versuch des Vertreters von Goebbels — der beziehungsweise nicht persönlich erschienen ist —, die Erklärung in ihren wesentlichen Punkten abzuweichen und lediglich als „taktische Maßnahme“ (!) hinzustellen, wurde zurückgewiesen. Schließlich gelangte ein Antrag an die Parteileitung

zur Annahme, der fordert, daß die NSDAP. unter Wahrung ihrer faktischen Lage eine solche Haltung einnimmt, die klar erkenntlich macht, daß für die Nationalsozialisten eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften für heute und immer ausgeschlossen ist.

Nicht uninteressant ist, daß von dem industriellen Flügel bei dieser Sitzung, die sich bis in die späten Nachstunden erstreckte, vor allem mit dem Hillebrand Argument operiert wurde, „der Unter- nehmer, der auf Grund seiner Tätigkeit, die nur die höhere Klasse (!) beweist, an die Spitze der Wirtschaft gelangt sei, trage die alleinige Verantwortung für die Produktion und sei es, der dem Arbeiter Brot schaffe“.

Der Nazi-Antrag

Im Reichstag brachten die Nationalsozialisten einen Antrag auf „Enteignung der Bank- und Börsenbörsen“ ein.



Der Bankier: „Zurück — das geht zu weit!“ Die Nazis: „Ach, nehmen Sie doch den Fisch nicht tragisch. Wir kommen doch nur, um einen kleinen Parteibeitrag zu kassieren!“

Amerikanische Moratoriumsgerüchte?

Die Times unter dem Vorbehalt und unter Hinweis darauf, daß eine Bestätigung nicht zu erreichen sei, aus Washington meldet, daß nach dort umlaufenden Gerüchten von gewissen Kreisen, zu denen in erster Linie der Sekretär des Schatzamtes, Mellon, der Untersekretär Loden Wille und der Leiter der Federal Reserve Bank von New York, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums für die Schuldensahlungen der irischen Mitteren an die Vereinigten Staaten erörtert werden. Weiter meldet die Times, daß der frühere Reichsambassadeur Dr. S. auch eine halbfrühe Unterredung mit Staatssekretär Stimson gehabt habe. Ueber den Inhalt der Unterredung mit Stimson sei nicht Näheres bekannt, aber Dr. S. habe bei Verlassen des Büros des Staatssekretärs Pressevertretern gegenüber sich dahin äußert, daß nach seiner Ueberzeugung Deutschland früher, ehe es gezwungen sein werde, ein Moratorium für seine Reparationszahlungen zu beantragen.

Auswärtiger Ausschuß des Reichstages

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) als Sammelgremium war, erbatete Reichsaussenminister Dr. Curtius einen ausführlichen Bericht über die Genfer Verhandlungen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Mittwoch, den 20. Oktober, wird sich der Auswärtige Ausschuß mit den Anträgen über die Reparationsmöglichkeiten des Youngplans befassen.

Von den 28 Ausschusssitzungen verfügen die Regierungsparteien nur über 6. Rechnet man hierzu die 7 Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Ausschuß, die eine verständigungs- bereite Außenpolitik der Regierung unterstützen. Diesen stehen 15 Abgeordnete der Opposition, die also über die Mehrheit verfügen, gegenüber. Selbst wenn man den Vertreter des Christlichsozialen Volksdienstes, was nicht unbedingt der Fall ist, zu den Regierungsparteien rechnet, ist das Stimmenverhältnis 14:14, also Stimmengleichheit. Mit Stimmengleichheit gefaßte Beschlüsse gelten bekanntlich als abgelehnt.

Der Schlußbericht des früheren Generalagenten für Reparationszahlungen in Deutschland wird jetzt veröffentlicht. In den Schlußbetrachtungen wird darauf hingewiesen, daß der Neue Plan von Deutschland nunmehr unter eigener Verantwortung ohne Ueberwachung durch Ausländer zu erfüllen ist. Von unterrichteter Seite wird mit Hinblick auf diese Bemerkung auf die Regierungserklärung im Reichstag hingewiesen, die in wirtschaftlicher Ueberstimmung mit den Bestimmungen des Neuen Planes die Lösung des Reparationsproblems nicht nur als eine Aufgabe Deutschlands, sondern als im Interesse aller beteiligten Länder liegend bezeichnet wird und die Zusammenarbeit aller interessierten Länder erfordert.

Kein Geld für Winterkartoffeln

In der Presse wird über Absatzmöglichkeiten auf den Kartoffel- märkten geklärt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß das Einkaufsgeschäft nicht den Erwartungen entspreche. Die Kassen erzählen die Klagen über die hinter den Erwartungen zurückbleibende Entdeckung mit Winterkohlen. Des Rätsels Lösung ist einfach; weite Kreise sind überhaupt nicht in der Lage, Winter- vorkrat zu kaufen.

Aus aller Welt

Ischepolowatei boykottiert deutsche Filme. Der Landesverband der tschechischen Kinobesitzer hat beschloffen, vorläufig keine deutschen Tonfilme zu spielen.

Zwei Tote bei einem Motorradunfall. Nürnberg, 20. Okt. Ein Nürnberger Motorradfahrer stieß vor der Ortschaft Bräunersdorf gegen einen Baum. Der Fahrer und sein Sozius blieben schwer verletzt liegen.

Kampf mit Wilderern. Rügenheim, 20. Okt. Zwei Brüder aus dem Orte Stephanhau- len wurden von dem Förster aus Johannsburg und einigen Jägern dabei überfallen, wie sie ein Reh aus der von ihnen gestellten Schlinge nehmen wollten. Auf den Anruf des Försters ergriffen sich die Wilderer und ließen sich abführen, während die Jäger auf einem anderen Wege zur Ortschaft zurückkehrten. An einer anderen Stelle des Waldweges umklammerte einer der beiden Wilderere den Förster und versuchte, ihm ein Messer in den Rücken zu stoßen. Der Förster erschoss den Wilderer in der Notwehr. Sein Bruder ließ sich mitleidig abführen.

Schwere Explosion in einer tschecho-slowakischen Munitionsfabrik. Pzechburg, 20. Okt. In der tschecho-slowakischen Munitions- und Metallfabrik A.G. ereignete sich gestern nachmittag eine schwere Explosion. Sieben Arbeiterinnen erlitten so schwere Ver- letzungen, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Eine der Frauen ist bereits den Brandwunden erlegen.

Mittritt des Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation. Wie Reuters meldet, hat der Präsident der Zionistischen Welt- organisation, Dr. Weizmann, dem englischen Kolonialminister in einem Schreiben mitgeteilt, daß er sein Amt niederlege.

Anschlag auf einen Hamburger Gerichtsberichterstatler. C.F.B. Hamburg, 20. Okt. Auf einen Hamburger Journalisten, den Gerichtsberichterstatler eines hiesigen Blattes, ist am Montag morgen ein Anschlag verübt worden. Als er seine Wohnung im Stadtteil Winterhude verlassen wollte, trat ihm auf der Treppe ein junger Mann entgegen und gab mehrere Schüsse ab. Es hand- delt sich um Patronen, die Tränengas enthielten. In einem Fabrik- betrieb in der Flatenstraße nahm man einen 17jährigen Maurer- lehrling Kurt J. fest, der im Verdacht steht, der Täter zu sein.

Schweres Unglück bei einem Schulausfluge. Saasen, 20. Okt. Durch das plötzliche Reißen einer Hochspannungs- leitung ereignete sich am Staube bei Hasenst ein schweres Unglück. Die 24jährige Lehrerin Ewersberg befand sich gerade während eines Schulausfluges mit einer Klasse der hiesigen Volksschule auf dem Wege zum Ziel-Gasthaus, als die Drähte zur Erde fielen. Die Lehrerin und ein achtjähriges Mädchen wurden durch den elektrischen Strom sofort getötet. Eine weitere Schülerin mußte mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden, zwei Mädchen erlitten leichtere Verletzungen.

Vorläufige Aufhebung der Sperre des Dresdener Flughafens. Dresden, 20. Okt. Die zwischen der tschechischen Regierung und dem Reichsverkehrsministerium geführten langwierigen Verhandlungen über die Aufhebung der vom Reichsverkehrsministerium verfügten Sperrung des Dresdener Flughafens haben nunmehr zu dem Er- gebnis geführt, daß der regelmäßige Pendelverkehr wieder aufge- nommen werden kann.

Diamond — Krankenhaus als Zeitung. Das Renovierter Krankenhaus, in dem zurzeit der schwererleiete Unterweltkönig und Alkoholschmuggler Jack Diamond liegt, wird

von der New Yorker Polizei wie eine Festung bewacht. Der Anruf einer Unbekannten, in dem es hieß, „das ganze Krankenhaus liegt nachts in der Luft, wenn Jack nicht weggeschafft wird“, wird von der Polizei ernst genommen. Die Polizei fürchtet in der Tat, daß die Rivalen Diamonds, für den Fall, daß dieser abgeleitet wird, ihren Gegner auf dem Krankenbett töten und möglicherweise sogar eine Bombe in das Hospital schleudern wollen. Die Außenwände des Krankenhauskrankenbauers und die der Nachbarnummer sind mit Drahtnetzen geschützt. Die Tür wird von 15 schwerbewaffneten Polizisten bewacht; aber auch vor dem Saale selbst patrouillieren schwerbewaffnete Wachen. Schließlich befindet sich auch eine Anzahl Detektive auf den dem Krankenzimmer gegenüberliegenden Dausdächern.

Amerikas Antialkoholshwindel entlarvt. Die Vereinigung gegen die Prohibitionsgeheugung hat der amerikanischen Öffentlichkeit einen Bericht vorgelegt, der die Ver- gaben der amerikanischen Nation für Alkohol im Jahre 1929 und nicht weniger als 2848 Millionen Dollar beziffert. Der Bericht, der unter dem passenden Namen „Macht sich Prohibition bezahlt“ er- scheint, errechnet die jährlich verbrauchten Alkoholmengen auf 790 Millionen Gallonen Bier, 110 Millionen Gallonen Wein und 200 Millionen Gallonen Whisky und andere hochgradige alkoholische Getränke. Damit ist der Alkoholverbrauch Amerikas in den Jahren vor der Prohibition weit übertrieben.

Die auf den Plan gerufenen Prohibitionsbehörden haben auf die gegenwärtige Zwischenlage mit einer Erklärung reagiert, die ungenau eine vernünftige Beurteilung des amerikanischen Pro- hibitionsgesetzes bedeutet. So erklärt z. B. der Leiter des Pro- hibitionsgesetzes, Direktor Woodard, daß die Vereinigten Staaten nach amtlichen Berechnungen 878 820 718 Gallonen alkoholischer Ge- tränke im letzten Rechnungsjahre konsumierten. Diese amtliche Ziffer bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen jährlichen Alkohol- verbrauch von sieben Gallonen pro Kopf der amerikanischen Ver- wohner, Frauen und Kinder aller Altersstufen eingeschlossen. Wie unter diesen Umständen von einer erfolgreichen Durchführungs- des Alkoholverbotes und von Fortschritt der Prohibitionsbehörde er- sprochen werden kann, bleibt Geheimnis der amerikanischen Pro- hibitionsbehörde.

Fernsehbilder und Marokkoreise. Die achtstägige Reise des französischen Präsidenten der Republik nach Marokko wird zu einem sehr interessanten Experiment auf radio- technischem Gebiet Anlaß geben. Der bekannte Pariser Radio-Sach- verständige Professor Bellin wird in einem großen Spezialapparat während der Reisen und Ceremonien Fernsehbilder nach Paris über- mitteln. Eine ebenfalls bahnbrechende Neuerung auf dem Gebiete der drahtlosen Nachrichtenübermittlung stellt die Radio-Reportage dar, die die der Intransparenz mit eigenen Rundfunk-Automobilen, die auf- erksam während der Rundfahrt „Kund um Frankreich“ die Funk- tionen traten, anlässlich der Präsidentenreise in Marokko unter- nimmt.

Ein weiser Indianerhäuptling. Zum erstenmal in der Geschichte der Vagabund-Indianer im U.S.A. Bundesstaat Sonora hat sich der Stamm eines weisen Mannes „Cobanabau“ oder Stammeshäuptling erforscht. Die Wahl fiel auf stimmig auf Jole Emano, einen früheren Autodrochenschauheuer, der stimmig auf Jole Emano in den Bergen gelebt und sich mit ihm lange mit den Yaquis in den Bergen gelebt und sich mit ihm Volksliedern befreunden hat. Die Stammesältesten verzeihen ihm mit sicherem Instinkt von der Wahl Emanos eine Auslegung, die seit vielen Jahren bestehenden bitteren Gegenstände zwischen Bundesregierung und den Yaquis.

Schändung des Reichspräsidenten

Berlin, 20. Okt. Die Justizpressestelle teilt mit: Befanntlich wurde ein Bild des Reichspräsidenten von Hindenburg, das in der Gasse vor dem Reichspräsidentenpalast in Berlin, am 1. Mai 1930 von Teilnehmern eines Propagandaumzuges der NSDAP beschädigt wurde...

Das blutige Bürgerkriegsspiel

Karlsruhe a. M., 20. Okt. In einem von Nationalsozialisten besetzten Lokal in der Rüdigerstraße kam es heute Nacht zu einem schmerzhaften Kampf zwischen Mitgliedern des kommunistischen Antifaschistischen Kampfbundes und Nationalsozialisten...

Hakenkreuz und Judentum

Wer hat recht?

In der Freitagssitzung des Reichstags hat der Nationalsozialist Dr. Ströher zur Judenfrage folgende Ausführungen gemacht: Wir wollen keine Judenverfolgung, nur die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben...

Am gleichen Tage äußerte der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Winterhagen in der gleichen Sitzung folgendes: Die gegenwärtige Krise der deutschen Wirtschaft ist ein Werk des internationalen Judentums. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei fordert nachdrückliche Restriktionsmaßnahmen an den in Deutschland lebenden Juden...

Nientimp geflüchtet

Baden, 20. Okt. (Eig. Draht.) Der frühere Reichsstaatsanwaltschaftsrat des Kreises Nientimp aus Baden, gegen den in Dortmund ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung eingeleitet ist, ist nach Straßburg geflüchtet...

Jubiläumfeier Nostes

Der Reichspräsident Nostes feierte am Samstagabend sein sechzigjähriges Jubiläum als Oberpräsident der Provinz Hannover. Dem Jubiläum nahmen von den Behörden, halbamtlichen Körperlichkeiten und den Vereinen zahlreiche Ehrungen teil.

Gemeindeführer der türkischen Opposition

Baden, 20. Okt. (Eig. Draht.) Das vorläufige Ergebnis der Gemeindeführerwahl ist ein starkes Aufsteigen der kirchlich orientierten liberalen Oppositionspartei. Der Aufstieg war trotz des Fehlens der Regierung möglich. In Smerna brachte es die Opposition auf zwei Fünftel aller abgegebenen Stimmen...

„Führerpaß“ für Autolenter

Es ist sich als unmöglich erwiesen hat, sämtliche einhalb Millionen französische Autolenter periodisch auf ihren Gesundheitszustand zu prüfen, wie es ursprünglich die Absicht der Behörden war. Die Pariser Akademie der Medizin nimmt nunmehr den Vorschlag an, wenigstens alle jene Chauffeurs einer Gesundheitsuntersuchung zu unterziehen, die einen Unfall verursacht haben oder deren Fahrzeug in einem Unfall verwickelt ist...

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Götterdämmerung

Man hat man es wieder einmal erlebt, daß das lustigste Götterdämmerung mit seinen Zwerghäusern, den summen geknackten Stimmen und dem reinen in schuldige Schuld verstrickten Wagnern, um das Symbol der Weltberührung zu streifen, um den Besitz zu erlangen. Es ist schade, daß gerade die Götterdämmerung das schönste und erhabenste Stück der Trilogie anbelangt. Das kommt daher, daß die wenigsten Besucher den Inhalt dieses Wagners die Lösung der Vermählungen, die durch die Herrschaft der Götter selbst unter den Mächtesten der Erde und dem Himmel, den Göttergeschlechtern, erzeugt, entstanden ist. Die Götterdämmerung ist eine der mächtigsten Konzeptionen, die in der Weltgeschichte bis in unsere Tage hineinreicht. Um des Wagners willen mußten ganze Geschlechter zu Grunde gehen, es kennt kein Erbarmen, wer von seinem Glanz erlöst ist, verläßt seiner Dämmerung nicht, und das Ring des Wagners schließt, indem er wieder zu dem Ausgangspunkt zurückkehrt, dem Sort der Rheingötter. Es ist ein pessimistischer Schluss, der ganz der Auffassung des Kapitalismus entspricht. Die Welt ist ein Kampfplatz, in dem die Menschheit um ihren Lebensrecht, von deren Gewalt sich die Menschen zu erlösen, dort, wo er am tiefsten ist. Sie wissen noch nicht, daß das Ring des Wagners umgemünzt werden kann. Doch es aus dem Leben werden und in seine ursprüngliche Bestimmung zurückgeführt werden muß, um als Bestandteil der Natur, Diener der Natur, die Natur zu werden. Da Wagner mit seinem Ring des Wagners die Menschheit an die Natur zurückzuführen wollte, von der er selbst wußte, daß sie in ihrem tiefsten Sinne lange nicht verstanden würde, deren Natur aber trotzdem nicht aufhört werden sollte, verbot er aus dem Ring die Bestrafung.

Der Herr Dr. Waag, Krips und Hecht gebührt Dank und Anerkennung für die eindrucksvoll verlaufene Nebenbühnenarbeit auf der Bühne und hinter den Kulissen ihrer besten Kräfte ein Ring eine gebührende Fassung zu geben. Die Regie hat ver-

Freistaat Baden

Brüning-Dietrich-Besprechung mit süddeutschen Regierungen

Reichsminister Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich werden am Dienstag zu kurzem Aufenthalt in Stuttgart eintreffen und sich mit den Ministern von Württemberg, Baden und Hessen über Fragen des Finanzausgleichs und der Gestaltung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden besprechen. Der Besuch dient lediglich der Besprechung dieser Fragen; irgend welche Empfänge sollen damit nicht verbunden werden.

„Demokraten“ im Untertitel

Der in Offenburg zu einer Tagung zusammengetretene Landesverband Baden der Deutschen Demokratischen Partei läßt nach einem eingehenden Referat des Parteivorsitzenden Fabrikant Zrennow die Beschlüsse einstimmig eine Entschließung, worin die Ueberführung der Badischen Demokratischen Partei in die Deutsche Staatspartei beschlossen wurde. Bestimmt wurde lediglich, daß für die Gemeindeführer, wo es die örtlichen Bedürfnisse erfordern, die Beschlüsse der Deutschen Staatspartei in der Unterformel der Partei beibehalten werden. Für den Parteitag nach Dresden wurden 15 Delegierte ernannt, die darauf hinzuwirken hätten, daß am 1. März der Parteiführung nicht auf bereits politisch losstark in Anspruch genommene Schultern gelegt würden und daß Abgeordnete nicht ein Uebermaß von Auftragsstellen inne haben dürfen, wodurch eine Verquickung von Politik und Geschäft entstehen würde, worauf hinzuweisen bei den „Demokraten“ notwendig ist. Dem Reichsfinanzminister Dietrich wurde das Vertrauen für die Zukunft einstimmig zum Ausdruck gebracht.

Verurteilter Reichswehrsoldat in Kassa

Der D3. Bericht aus Kassa: „Der im Reinsiger Reichswehrprozess verurteilte Leutnant Lubin befindet sich nunmehr zur Verbüßung seiner Bestrafung in Kassa.“

Gewerkschaftliches

Drohender Buchdruckerstreik in Holland

SWD. Amsterdam, 18. Okt. (Eig. Draht.) Die Arbeitsgemeinschaft der fünf niederländischen Buchdruckerverbände hat sich durch die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände im Buchdruckerstreik gegenüber den Lohnforderungen der Arbeitnehmer gezwungen gesehen, alle Anweisungen zur Durchführung eines Buchdruckerstreiks zu geben. Der Streik solle am 27. Oktober beginnen. Die großen holländischen Verleger gehen nun mit dem Gedanken um, ihre Zeitungen in Deutschland, Belgien und England drucken und mit Flugzeugen nach Amsterdam befördern zu lassen. In Deutschland scheint Donabrid für die Herstellung des Telegrafen in Aussicht genommen zu sein. Die Buchdruckerverbände Niederlands beschließen daher am Samstag, sich an die gewerkschaftlichen Verbände in Holland und Buchdruckerverbände der drei genannten Länder zu wenden, um die Abkehr der Zeitungsverleger zu vereiteln.

Der Lohnstreik im deutschen und badischen Holzgewerbe

Die Ortsverwaltung Karlsruhe des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte ihre Mitglieder, soweit sie unter dem Mantelvertrag für das badische Holzgewerbe beschäftigt sind, zu einer Versammlung auf Freitag, 17. Oktober, in das Volkshaus zusammenberufen. Gemeinleiter Fischer sprach über den Lohnstreik im deutschen und badischen Holzgewerbe. Redner ging von der historischen Entwicklung des Lohn- und Vertragswesens aus, indem er darauf hinwies, daß schon lange vor dem Kriege in der Holzindustrie Lohn- und Tarifverträge abgeschlossen wurden. Zuerst habe man nur in der guten Konjunkturlage Löhne vereinbart und um die Verteilung der Arbeitszeit gekümmert. Die Erlöse wurden dann bei der schlechten Konjunkturlage oftmals wieder von den Arbeitnehmern zurückgefordert. Durch die Unstetigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren auch die Unternehmer zur Einsicht gekommen, daß man Verträge auf längere Zeit abschließen müsse, um in den Betrieben besser und vorausschauender die Produktionskosten berechnen zu können. Von dieser Erkenntnis sei offenbar die Mehrheit der Unternehmer wieder abgekommen und man wolle nun versuchen, für sich die schlechte Konjunktur auszunutzen und die Löhne abzubauen. Die jetzige Vertragspolitik der Unternehmer sei eine Konjunkturpolitik. Früher führte weiter aus, so lange die Lohn- und Lebensmittelpreise eine derartige Höhe hätten, sei an einen Lohnabbau nicht zu denken. Das Bestreben der gewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter sei darauf gerichtet, den Reallohn

der Arbeiterschaft zu erhalten. Auf die Arbeiter sei die ganze Schwere der Wirtschaftskrise abgewälzt worden. Arbeitslosigkeit, Kursarbeit, Abforminderverdienste seien die Merkmale des Lohnabbaues. Nur wenigen Holzarbeitern sei es vergönnt, einen vollen Jahresarbeitsverdienst zusammen zu bringen.

Der Holzarbeiter ist heute zu einem Saisonarbeiter geworden. Vielen ist es nicht einmal möglich, in einem Jahre so viel Arbeitswochen zusammen zu bringen, daß sie die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung erwerben können. Die Unternehmer beschäftigen heute keinen Arbeiter länger als unbedingt notwendig, obwohl sie oftmals dazu in der Lage wären. Durch alle diese Tatsachen wird die Existenz der Arbeiter auf das äußerste gefährdet, keiner hat auch nur einigermassen eine Sicherheit seiner Existenz. Unter solchen Umständen ist es unerklärlich, wie man noch von einem Lohnabbau reden könne. Die Haltung des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, früher selbst Schreiner und später Führer des christlichen Holzarbeiterverbandes, sei ganz unbegründet, da er nicht einmal den Mut gefunden habe, den Schiedspruch, der bis Ende Februar 1931 die alten Löhne vorsieht, für verbindlich zu erklären. Wenn die Schlichtungsinstanzen, die zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen geschaffen worden sind, so mißbraucht würden, könnten die Arbeiter dazu kein Vertrauen mehr haben. Es sei dies wieder ein neuer Beweis, daß die Arbeiter in ihrem schweren Kampf um Licht und Luft, um Brot und Freiheit auf sich und ihre wirtschaftlichen Organisationen sich stützen müßten.

Wenn auch zur Zeit keine Aussichten bestehen zu Verhandlungen zu kommen, so müßten die Holzarbeiter trotzdem den Bestrebungen auf Lohnabbau entgegenzutreten. Was für das Reich gesagt wurde, gelte auch für Baden. Auch in Baden seien die Verhandlungen gescheitert. Der badische Schreinermeisterverband habe so lange kein Recht an den Verhandlungen der Parteien teilzunehmen, bis er erklärt, ob er tariffähig ist. Wenn die Arbeitgeber in Baden den tariflosen Zustand haben wollen, so sei das ihre Sache. Aber auch in Baden wird und muß den Bestrebungen, den Lohn abzubauen, mit aller Kraft entgegenzutreten werden. In der Stärke der wirtschaftlichen Organisation liegt die Kraft der Arbeiter, auch in schlechter Konjunktur die Löhne zu halten. Der Kleinstkampf muß organisiert werden und überall, wo versucht werden sollte, den Lohn abzubauen, muß dies mit allen Mitteln bekämpft werden.

In der sehr lebhaften Aussprache wurde den Ausführungen des Kollegen Fischer zugestimmt. Besonders wurde hervorgehoben, daß der Lohnabbau gerade in der Holzindustrie keinen Sinn habe, da ein Preisabbau für die Erzeugnisse der Holzindustrie auch bei einem niedrigeren Lohn wohl nicht mehr möglich ist, da diese Erzeugnisse schon sowieso zu einem Preis angeboten werden, der nicht einmal den Selbstkosten entspricht.

Von allen Rednern wird verlangt, daß die Kollegen jeden Versuch, den Lohn abzubauen, durch solidarisches Handeln verhindern müßten. Als Ausdruck der Stimmung in der Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 17. Oktober im Volkshaus stattgefundenen Holzarbeiter-Versammlung nimmt von dem Bericht über die Lohnverhandlung im Reich und Baden Kenntnis und billigt das Verhalten der Verhandlungskommission, sowie das Verhalten des Verhandlungsführers Kollegen Fischer. Die Versammlung erwartet auch für die weiteren Verhandlungen, daß die Verhandlungskommission jedem Lohnabbau energisch entgegentritt. Die Kollegen selbst erklären sich bereit, den Kampf gegen jeden Lohnabbau mit aller Entschiedenheit zu führen.

Solidarität der Lohndrücker

Berlin, 21. Okt. (Funkenblitz.) Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie haben an ihre Mitglieder ein vertrauliches Schreiben gerichtet, worin das gesamte deutsche Unternehmertum gegenüber den Mitgliedsfirmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller „in jeder Hinsicht“ zur Solidarität aufgefordert wird. Dazu gehören, so heißt es in dem Rundschreiben, auch weitgehende Rücksichtnahme hinsichtlich der Ausführung von Aufträgen, die an betroffene Firmen bereits vergeben seien oder vergeben werden sollten. In den Absatz- und Kundenkreis der Berliner Metallindustrie dürfe während des Streiks von dritter Seite nicht unter unolidarischer Ausnutzung der Streiklage eingegriffen werden. — Das gesamte Unternehmertum soll also unbedingte Solidarität mit den Lohndrückern beobachten. An dieser Klassenloyalität der Arbeitgeber könnte sich mancher Arbeiter ein Beispiel nehmen.

Tarifverhandlungen für die Rheinischfälische. Am Dienstag beginnen in Duisburg Tarifverhandlungen für die Rheinischfälische. Die Wirtschaftskrise hat auf dem Rhein im Kraftverkehr eine geradezu bedrückende Stille eintreten lassen. Das die Redner unter diesen Umständen und unter Hinweis auf das Gutachten der Rheinischfälischen Kommission noch härter als bisher auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinarbeiten, versteht sich von selbst. Man darf sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Schöne weiße Zähne. „Auch ich möchte nicht verschien. Ihnen meine größte Anerkennung und volle Zuneigung über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und werde es meiner lieben Mutter weiter empfehlen, die im letzten Jahre nur durch den häufigen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe.“ E. Reichel, Sch.../Saalkreis. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Zahn 60 Pf. und 1 M., und wolle jeden Erfolg dafür zürd. !Portradsbreite!

ligerweise nicht kongenial. Bei der Fines Reich-Dörichschen Brüning-Bildung sieht sich erst am Schluss des Abends ein feistlicher und künstlerischer Reichtum ihres Wesens feststellen. Sie ist noch nicht die Tragödin, die als verratenes und räuberisches Menschenweib, als Erlöserin Malbais im Liebes- und Südnod durch ihr Mienenspiel und ihre Darstellung zu erschüttern weiß. Einzig und allein die stimmliche Ausdauer der Künstlerin gewinnt Hochachtung ab vor dieser Leistung. Theo Straß hat mit seinem Siegfried eine innerlich mehr und intensiver geliebte Darbietung, sie war nach jeder Seite hin großartig. Schopenhims Dagen war ein volles edeltes Gebilde einer großen tief in die Seele des Werkes eindringenden, nachschaffenden und dennoch frei gelassenen Künstlerin. Schopenhims Dagen und Wagners Alberich boten mit ihren bis ins Kleinste auch sprachlich vollendet durchgearbeiteten Partien Vorbildliches. Durch eine Leistung von ausnehmender Schönheit, ähnlich warmimbrizierten, mochaem Klarheit festelten in munterm Spiel der Rheinmellen zugleich von entzückender Anmut und gleichsam ein romantisches Märchenbild bietend die drei „Nider“ Elfe Hant, Ellen Winter und Elfe Grünwald-Senferl. Zu den schönsten Teilen der Götterdämmerung-Partitur darf man die Waltrauteszene rechnen. Elfe Grünwald-Senferl lang sie mit wohlthuender Sicherheit und seltener Klarheit, doch fehlt ihrem weichen Altmaterial das nötige Volumen, das gegen die unerbittlichen Orchesterorgane sich durchsetzen kann. Die gleiche Ausstellung trifft auch auf die Besetzung der Gutrone durch Emma Seiberlich zu. Auch hier verlangt die Partie eine machtvoll kräftig fundierte Stimme. Emma Seiberlich spielte die Szene an Siegfrieds Bahre, die gewöhnlich wenig beachtet wird, mit besonderem pathetischem Nachdruck. Es ist dies die einaste Gelegenheit der schmerzhaften Götterdämmerung einigermaßen Relief zu geben. Sowie es möglich war, hatten Gersten Derner den Gutner mit männlichen Akzenten aus. In der Berghörnungsszene die orchesterlich und gefühlvoll ausnehmend gut gelang, gemann das Dernerische Oran an Kraft. Das Normentertel fand in Elfriede Hoberforn, Elfe Grünwald-Senferl und Malie Fenz ausgezeichnete Vertreterinnen. In Gestaltung und Gesang leisteten die Mannenchor Vortreffliches. Sämtliche Ringvorstellungen fanden vor vollen Häusern statt. Ihre gewissenhafte Neueinstudierung ist für unsere Oper das beste Werbemittel. Es ist anzunehmen, daß auch die nächste Ringausführung großen Interesse bezeugen. An den Verantwortlichen liegt es nun offensichtlich Fester zu rufen und Umfahrungen vorzunehmen, so daß wir mit der Zeit wieder Ringausführungen erleben, deren Güte das Niveau unseres Institutes auf seine alte Höhe bringt. St.

Die Kriegsgeneration spricht

Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Staatsanwalt Dr. Hoegner / Wichtige Schlüsse für die Nationalsozialisten

In der Reichstagsrede vom Samstag hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Staatsanwalt Dr. Hoegner, eine mit markantesten Stellenungen gegen die Nationalsozialisten geprägte Rede, die die nationalsozialistische Reichstagsfraktion demohin schärf traf, daß sie sich vor dem Reichstag kaum zu helfen wüßte. Wir geben daher die Ausführungen als Rede eines Berichters der Kriegsgeneration sozialdemokratischer Reichstagsfraktion einsehend wieder:

Herr Straker hat einmal der Schreden des Reichstages gemeldet. Aber das ist wohl schon lange her, nach seiner letzten Rede im Reichstag. Er sollte wohl mit dem Reichstag sprechen, aber es war eine kumulierte Klage. Er hat eine Bilanz der Politik der letzten 12 Jahre aufgestellt, die Unwissenheit verschwiegen, die Passivität maßlos vergrößert, so daß ich ihn

in meinem Privatberuf als Staatsanwalt eigentlich wegen Bilanzverschleierung anklagen möchte. (Beifall.) Schon der Eröffnungstag dieser Bilanz war die deutsche Geschichte hat nicht erst vor 12 Jahren begonnen, und die heutigen belagerten Zustände sind nicht erst die Folge des vor 12 Jahren eingeführten Staatsystems.

Borausgang der Krise. Die geistlichen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes übertrug in Anspruch genommen hat, und dieser Krieg wurde verloren. Die deutsche Demokratie, deren Mitglieder zum größten Teil den Krieg mit Worten, sondern mit Taten mitgemacht haben, kann durch die gemeinsamen und niederrichtigen Vorwürfe nicht getroffen werden. (Beifall der Sozialdemokraten.) — Was ist die Ursache? Seit wann sind Sie Sozialdemokrat? Seit meiner Jugend bin ich es, weil ich in meiner Jugend erlebt habe, was es heißt, aus den armen Volksschichten hervorzugehen zu sein. (Sehr laut links.)

Herr Straker sagte, die Freiheit der außerparlamentarischen Entscheidung sei dem deutschen Volk verloren gegangen. Aber das geschah erst 1918. Mit dieser Freiheit war es schon vorbei, als Wilhelm II. 1890/1901 das englische Bündnisangebot ablehnte, als Kaiser Wilhelm VII., Wilhelm Oheim, die Einreisepolitik gegen Deutschland vorschlug, und schließlich war es damit vorbei, als die Weimarer Republik im Oktober 1918 das berühmte Telegramm abschickte, das binnen 48 Stunden Waffenstillstand gemacht werden mußte, weil die Armee nicht länger weiter konnte, und als General Ludendorff von Hindenburg seinen letzten Kommandoerlass erließ, in dem er seinen Posten nicht weiter beibehalten wollte. Eine Erziehung der Weimarer Republik zu erringen, gelang nicht, mußte trotzdem abgelehnt werden. Diese Freiheit also ist verloren seit dem Regierungsantritt Wilhelm des Erbprinzen, der die deutsche Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe übernahm, aus den Trümmern zu retten, was zu retten war. Wenn Sie (nach rechts) der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben wollen, dann müssen Sie anerkennen, daß

die deutsche Sozialdemokratie trotz aller separatistischen Bestrebungen im Westen und Süden das Reich zusammengehalten hat, daß sie schon im November 1918 durch ihre sozialpolitischen Tätigkeiten dafür gesorgt hat, daß die Lasten des verlorenen Krieges nicht auf dem Rücken der armen Volksschichten abgewälzt wurden, daß Herr Straker hat gestern auch von der Arbeitslosigkeit gesprochen. Er hätte aber hinzufügen müssen:

Wenn heute das Elend der Arbeitslosen wenigstens gemindert werden kann, dann ist das die deutsche Sozialdemokratie (Lachen) und nicht die Nationalsozialisten, die im Jahre 1918 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, die im Jahre 1919 bis 1924 die fürchterlichen Verbrechen der Zerschlagung unserer Währung durch den Ruhrkampf zu verantworten haben, und haben jetzt die größte Weltwirtschaftskrise über Deutschland herabgelassen. So liegen die Dinge doch nicht, wie Herr Straker behauptet. In Deutschland noch heute auch in der NSDAP, die sich noch

Voraussetzungen können, es werden noch Dutzenden in Deutschland verteilt, die noch in den Kellern der Privatindustrie. Gemäß ist es durch die Reichstagsrede unklar, aber wir bezweifeln, daß es durch Meditations aus nationalsozialistischer Parteifreiheit (Beifall) gemindert werden kann.

Der verächtliche Ton der nationalsozialistischen Außenpolitik geht auf die unangenehmen Beziehungen mit Rußland zurück. Aber es ist nicht die Partei, die die Beziehungen zu Rußland fröhlich wiederherstellen will, sondern die deutsche Sozialdemokratie, die die Beziehungen zu Rußland wiederherstellen will, und die die Beziehungen zu Rußland wiederherstellen will, und die die Beziehungen zu Rußland wiederherstellen will.

durchaus marxistisch! Herr Straker hat den Verfall der Freiheit perzipiert, aber man sollte nicht sozialdemokratische Reichstagsreden, die die eindrucksvollsten Worte bezeugen, als Sie (nach rechts) noch im Reichstag gelesen haben. Wir haben allerdings dem Deutschen Volk niemals vorgespielt, man brauche diesen Vertrag nur zu unterschreiben, und dann wäre er weg! Die allerhöchsten Proteste gegen die Lage von der Weimarer Republik, das ist die Sozialdemokratie, die die Sozialdemokratie erhoben (dauerndes Rasenlärm). Herr Straker, zeigen Sie mich nicht, ich könnte sonst erzählen, was Sie mit einem

gewissen Ehrenwort versprochen haben. (Hört, hört links.) — Straker: Ich habe kein Ehrenwort gegeben. Sie haben am 18. November 1923 Ihr Ehrenwort gegenüber der Landeshauptstadt, die Waffen in die Kasse zu werfen, gebrochen. (Stürmisches Hört, hört links und in der Mitte.) — Straker: Jammern, diesem System gegenüber immer! — Herr Straker: Rasenlärm — Entschuldigung links und in der Mitte.) — Herr Straker: In der Politik ja, — Straker: Rasenlärm — Hört, hört links und in der Mitte.)

„Streich woll'n wir Frankreich schlagen“ — Herr Straker: Die nationalsozialistische Militarismus vom Rhein entfernt worden? Jahresberichte haben Sie gemeldet gegen die schwarze Schmach. Wenn heute die schwarzen Frauen und Mädchen im ehemals besetzten Gebiet von Senneberg nicht mehr getörmelt werden können, so gebührt der Dank dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Herr Müller. (Die Nazis schreien: Streichen Sie nicht schon jetzt, es kommt noch viel schlimmer! links.)

Der nationalsozialistische Redner hat sich heute darüber gewundert, daß man über den noch Reparationslasten haben. Allerdings sind die Dinge anders gekommen, als

die nationalsozialistische Staatssekretär des Reichsamt Dr. Helfferich im Jahre 1915 vorstellte hat. Am 10. März 1915 hat er hier im Reichstag erklärt: „Wir werden nicht darauf verzichten und den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, daß unsere Feinde uns für den nationalsozialistischen Schaden aufnehmen müssen, den sie mit diesem freieschließlichen Krieg angerichtet haben.“ (Hört, hört! bei den Nazis.)

Das ist die nationalsozialistische Staatssekretär des Reichsamt Dr. Helfferich, der im Jahre 1915 vorstellte hat. Am 10. März 1915 hat er hier im Reichstag erklärt: „Wir werden nicht darauf verzichten und den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, daß unsere Feinde uns für den nationalsozialistischen Schaden aufnehmen müssen, den sie mit diesem freieschließlichen Krieg angerichtet haben.“ (Hört, hört! bei den Nazis.)

Das ist die nationalsozialistische Staatssekretär des Reichsamt Dr. Helfferich, der im Jahre 1915 vorstellte hat. Am 10. März 1915 hat er hier im Reichstag erklärt: „Wir werden nicht darauf verzichten und den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, daß unsere Feinde uns für den nationalsozialistischen Schaden aufnehmen müssen, den sie mit diesem freieschließlichen Krieg angerichtet haben.“ (Hört, hört! bei den Nazis.)

Das ist die nationalsozialistische Staatssekretär des Reichsamt Dr. Helfferich, der im Jahre 1915 vorstellte hat. Am 10. März 1915 hat er hier im Reichstag erklärt: „Wir werden nicht darauf verzichten und den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, daß unsere Feinde uns für den nationalsozialistischen Schaden aufnehmen müssen, den sie mit diesem freieschließlichen Krieg angerichtet haben.“ (Hört, hört! bei den Nazis.)

die Nazis und die Eugenbergleute um anbauen und immer mal wieder weiter. Man hört auf: Rosenberglumpen, Volksterräter um. Erst nach einigen Minuten kann der Redner weiterreden.) Der Reichshaushalt enthält für außerpolitische Kriegskosten 1,8 Milliarden Goldmark, im Haushalts für

1929 waren dafür noch 2,5 Milliarden Goldmark eingelegt. Straker hätte also fragen müssen, in welcher Lage wären wir erst, wenn wir auch noch die 700 Millionen mehr bezahlen müßten! Unsere Situation ist die Folge der Weltwirtschaftskrise. (Lauernde lärmende Rufe.) Der Vd. Bündnis wird zur Ordnung gerufen, weil er den Redner einen Anwalt Frankreichs genannt hat. — Andere Hitlerleute schreien, das sei doch bekannt. Es folgen weitere Ordnungsrufe.) Auch

wie Sozialdemokraten sind stets für weitere Verminderung der Reparationslasten eingetreten. Wir müßten mit den 1,8 Milliarden in Deutschland wahrlich Besseres anfangen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie alle Möglichkeiten ausschöpft, die zu einer weiteren Verminderung der Reparationslasten und zur Revision der Verträge führen können. So äußert sich jetzt auch Straker und Straker, aber vor der Wahl wurde Zerreißung des Nationalplanes ohne Rücksicht auf die Folgen gerollt. Gestern hat Straker auch versichert, die Nationalsozialisten wollten keinen Krieg. Wenn diese Erklärung nicht mit innerem Vorbehalt zu verstehen ist, so hätte diese Partei doch allen Anlaß, mit den republikanischen Verfassungsvertrag und Friedenspolitikern einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abzuschließen. (Rasenlärm.)

Straker fordert Beilegung des Verlaufs der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Gründung der Landwirtschaft. Wer will denn das nicht? Aber die Wege dazu hat er nicht angegeben. Er will

die allgemeine Arbeitslosigkeit einführen. Dieser schöne Gedanke ist freilich schon in dem sogenannten Sozialversicherungsgebot des Reichspräsidenten Ebert vom März 1924 gesetzlich behandelt worden, und steht auch in der Deutschen Verfassung. Aber heute wären wir froh, wenn wir all denen Arbeit verschaffen könnten, die arbeiten wollen! Die letzte Erkenntnis der NS, daß werkschaffende Arbeit die alleinige Kraftquelle eines Volkes ist, haben wir Nazisten schon in den Anfangsgründen des Sozialismus gelernt. Wirtschaftliche Malaria verlangt Straker; aber eher der Goldmark des Herrn Ludendorff, Herr Tausend, das Goldmark nicht erfinden hat, eher man in Deutschland nicht Baumwolle und Kautschuk anpflanzen kann, bleibt das ein schöner Traum, dessen Verwirklichung überdies Millionen deutscher Arbeiter das Brot kosten würde. (Sehr laut links.) Wenn Sie

Ausschaltung der Juden aus Staat und Gesellschaft fordern, so ist das rücksichtslos gegenüber den ehemaligen Jüdinnen, die heute in der Hitlerpartei leben, wenn diese ihre Parteibeiträge zahlen können, so nur deshalb, weil ihre Verhältnisse von den Juden und Jüdinnen auszuweichen. (Sehr laut links.) Von der sozialen Frage hat Straker wenig gesprochen. Die von ihm angetragene Gemeindefürsorge der Arbeiter ist teilweise in der amerikanischen und auch der deutschen Industrie eingeführt. Aber sie hat zur Folge, daß eine benutzte Klasse von Arbeitern geschaffen wird, die in größerer Abhängigkeit vom Unternehmerkapital befindet. (Sehr laut bei den Nazis.) Die Umkehr der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich das Verhältnis zwischen Massenherstellung von Gütern und der Kaufkraft des Volkes, die unregelmäßige Produktion werden durch eine solche Gemeindefürsorge nicht beseitigt. Bei noch

selbst Amerika über 7 Millionen Arbeitslose. Schließlich hat Straker gemeint, praktische soziale Maßnahmen hätten erst dann einen Wert, wenn sie von der Zentralgewalt einer neuen Staatsaufstellung ausgeht sind. (Straker: Sehr richtig!) Sie vertritt also die Arbeiter auf den jüngsten Tag. Wenn Sie gegen die Kapitalisten sprechen, so frage ich: Sind es nicht die nationalsozialistischen Arbeiter, die seit Jahr und Tag

im Ausland das Gespenst einer neuen deutschen Inflation heraufzuberufen haben? (Rufe links: Rußland!) Der Wälfische Beobachter hat in den letzten Monaten regelmäßig folgenden mit Hasenfüßen eingerahmten Alarmruf abgedruckt:

Die kommende Inflation! Soll ich die Dein Eigentum vor der Beschlagnahme anderer Sparvermögens vor der Zwangsverwertung Deutschlands.

Ist das nicht eine Aufregung zur Kapitalflucht? (Gelächter der Nazis.) Herr Straker aber redet von Alarmrufen der jüdischen und marxistischen Presse.

Herr Straker hat mit verdecktem Hitler gelprochen. Wir wollen das Hitler einmal hochheben, schon

der Name „Nationalsozialismus“ ist, um mit Kapitän Ehrhardt zu sprechen, ein aussagestärkter Deskname, ein vorzügliches Deskriptivwort. Es ist in sich nicht national, sondern ein Parteiphrasemittel am 1. Januar 1923 im Münchener Rind-Keller zum Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ausgerufen: „Nicht wieder mit den Franzosen muß es heißen, sondern wieder mit den Novemberverbrechern!“ (Entstimmungsstille der Nazis.) Beifall der Nazis. Damit charakterisieren Sie sich selbst. Ihr Verdienst ist es nicht, daß die Franzosen das Ruhrgebiet wieder verlassen haben. Eine Politik ist nicht national, die ein

Militärbandit mit Italien anstrebt, um dann Frankreich auszuliefern, wobei die deutschen Ostgrenzen auf das äußerste gefährdet werden. Eine Politik, die dann als Preis die deutschen Besitztümer in kultureller und sprachlicher Hinsicht an Italien ausliefern. Eine Politik ist nicht national, die im Herbst 1923 . . . (Der Lärm der Schimpferei von rechts und der Genarrufe von links erreicht seinen Höhepunkt.)

Herr Straker hat über den laute Schreier gesprochen, der dem Redner: „Kommen Sie nur wieder nach München, da kommen Sie dran!“ Der Redner erwidert:

„Wollen Sie an mir einen neuen Remond beachten?“ — Herr Straker: Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzen lassen, haben Sie Angst? — Herr Straker: Das ist nur Ihnen keine Angst habe, das habe ich im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages gemeldet. (Dauerndes Rasenlärm und Lachen der Nazis.)

Herr Straker hat über den laute Schreier gesprochen, der dem Redner: „Kommen Sie nur wieder nach München, da kommen Sie dran!“ Der Redner erwidert:

„Wollen Sie an mir einen neuen Remond beachten?“ — Herr Straker: Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzen lassen, haben Sie Angst? — Herr Straker: Das ist nur Ihnen keine Angst habe, das habe ich im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages gemeldet. (Dauerndes Rasenlärm und Lachen der Nazis.)

Herr Straker hat über den laute Schreier gesprochen, der dem Redner: „Kommen Sie nur wieder nach München, da kommen Sie dran!“ Der Redner erwidert:

„Wollen Sie an mir einen neuen Remond beachten?“ — Herr Straker: Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzen lassen, haben Sie Angst? — Herr Straker: Das ist nur Ihnen keine Angst habe, das habe ich im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages gemeldet. (Dauerndes Rasenlärm und Lachen der Nazis.)

Herr Straker hat über den laute Schreier gesprochen, der dem Redner: „Kommen Sie nur wieder nach München, da kommen Sie dran!“ Der Redner erwidert:

„Wollen Sie an mir einen neuen Remond beachten?“ — Herr Straker: Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzen lassen, haben Sie Angst? — Herr Straker: Das ist nur Ihnen keine Angst habe, das habe ich im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages gemeldet. (Dauerndes Rasenlärm und Lachen der Nazis.)

geschrieben. Den wissenschaftlichen Sozialismus hat Straker gestern ausdrücklich verworfen und dafür „primitive Heilmethode“ empfohlen. Mit solchen

Quasialbereien, die man auf jedem Jahrmarkt der Politik ausruhen kann, sind wohl primitive politische Seelen und politische Analphabeten in Bewegung zu setzen. (Straker: 6½ Millionen!) Aber wenn Sie einen Sozialismus durchführen wollten, müßten Sie wieder die Wissenschaft zu Hilfe rufen. Hunderttausende haben Ihnen ihre Stimme gegeben,

weil sie am kapitalistischen Wirtschaftssystem verweigerten, sie sind Ihrem primitiven Gefühlsradikalismus und Scheinsozialismus zum Opfer gefallen. Wir werden dafür sorgen, daß sie den richtigen Weg zum Sozialismus finden.

Die Nationalsozialisten machen Anspruch darauf, eine Arbeiterpartei zu sein. Das Recht dazu hat die deutsche Arbeiterpartei immer jenen Organisationen abgeprochen, die vom Großkapital Geld bekommen haben. Die Nationalsozialisten sind aber finanziell vom Großkapital abhängig. (Die Nazis lachen und rufen den Sozialdemokraten zu: Sie haben Geld von den Franzosen bekommen.)

Kapitänleutnant von Müde, der frühere Nationalsozialist. Hier kommt es zu einem neuen Krawall. Vd. Dr. Breitfeld (Soz.) fordert den unbekanntem Nazi, der immerfort von Franzosengeld für die Sozialdemokraten spricht, zur Wiederholung seiner Behauptung auf, zumal die Frage des Vizepräsidenten nach dem Namen dieses Verleumderes zunächst ohne Antwort bleibt. Die Linke ruft den hinausgehenden Nazis förmlich zu „Kaus“. — Die Nazis fordern vom Redner Beweise.

Vd. Dr. Soegner (Soz.): Kapitänleutnant von Müde hat in einem seiner Müdebrieve im vorigen Jahr erklärt, daß Hitler nach der Pfeife des Herrn Müschmann tanzen müßte weil dieser der Geldgeber der Nationalsozialisten sei. (Dr. Frid: Das ist doch kein Beweis!) Wenn das Ihr früheres Parteimitglied sagt, dann muß es doch sicher wahr sein! — Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages sind

drei Geldquellen der Nationalsozialisten festgestellt worden: erstens das neutrale Ausland, zweitens ichöne Frauen, drittens die Großindustrie. (Rufen: Unerschämtheit! — Vd. Müschmann (Nat. Soz.): Ich frage Sie hier öffentlich der Frage an, ich bin Müschmann, ich habe noch nie einen Pfennig Geld für die NSDAP gegeben!) Dann lesen Sie sich mit Herrn Helmuth von Müde auseinander. Frau Helene Wehling geb. Kapito hat vor der Münchener Polizei am 27. Mai 1924 ausgesagt:

„Ich und mein Mann sind mit Hitler freundschaftlich verbunden. Als Hitler in Landsberg auf Festung war, habe ich ihn, um bei ihm vorgefallen zu werden, fälschlich als meinen Adoptivsohn ausgegeben. Ich wollte, Hitler wäre mein Sohn. Mein Mann hat Hitler wiederholt finanziell zur Unterhaltung seines Zeitungsunternehmens unter die Arme gegriffen. Persönlich habe ich Hitler in der Weile unterstützt, daß ich ihm Kunstgegenstände zur Verwertung übergeben hat, die er für mich verkaufen konnte, was

malte. Es handelt sich um solche von höherem Wert. Wenn Sie wirklich eine Arbeiterpartei wären, dann hätten Sie es nicht an dem primitiven Gefühl der Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterpartei fehlen lassen. Straker hat am Freitag München gegen Bürgerkrieg und Klassenhaß geäußert. Aber am Anfang der nationalsozialistischen Bewegung steht die Tat von 1923. Für Ihre politischen Mittel in den letzten Monaten ist die Druckhöhe Nr. 87 ein irrebarer Beweis, worin gegen 23 Abgeordnete dieser Fraktion in über 100 Strafverfahren wegen Beleidigung und Pressvergehen die Aufhebung der Immunität verlangt wird. (Die durch Dauerstrahl der Nazis so stark eingeschränkte Redezeit ist abgelaufen!) Hitler hat in einem Gespräch mit Otto Straker einmal gesagt, die deutschen Arbeiter hätten nur Brot und Spiele im Kopf, sie müßten deshalb durch eine Herrenschicht besserer Rasse rücksichtslos beherrscht werden.

Die deutsche Arbeiterpartei ist kein verlobtes und verfortiertes Lumpenproletariat, wie das der römischen Kaiserzeit. Die deutsche Arbeiterpartei ist wohl organisiert und diszipliniert, und wir werden keinen Augenblick zögern, das Schwergewicht dieser Organisation, wenn es notwendig ist, gegen den drohenden deutschen Faschismus in die Waagschale zu werfen! (Stürmisches langanhaltendes Beifall und Händeklatschen der Soz. — Großer Lärm und andauernde Blutrufe der Nazis.)

Gemeindepolitik

Bürgerausübung in Löhlingen

Am Donnerstag, 16. Oktober, fand hier die letzte Bürgerausübung dieser Periode statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte: 1. Erteilung der Zustimmung zur Kapitalaufnahme von 3000 RM. für Kostenträgerarbeiten. 2. Erteilung der Zustimmung zur festgesetzten Jahresvergütung für Ortsjugendrat Josef Hurst (100 RM. jährlich). 3. Erteilung der Zustimmung zur Wiederherstellung der Handwerksbeiträge. (Die Beiträge sollen von der Gemeindekasse an die Handwerkskammer abgeführt werden und nachher von der Gemeinde bei den Handwerksmeistern eingesogen werden.) 4. Erteilung der Zustimmung zum Besatz der Ausschulgebühren der Ortsdiener für private Bekanntschaften.

Punkt 1 und 4 fanden einstimmige Annahme, während der zweite Punkt mit einer Gegenstimme Annahme fand. Punkt 3 wurde mit einer schwachen Mehrheit abgelehnt. U. a. wurden auch Anregungen gemacht betr. Herrichten der schlechten Feldwege. Wir würden es begrüßen, wenn die Behörde es auch erübt und so den Ausgesteuerten Arbeit und dadurch Brot verschafft.

Gengenbach (Sitzung vom 15. Oktober 1930)

Ein Antrag auf Ermäßigung der Gebäudesondersteuer wurde beschlossen. — Die Wintergemeinde wurde wieder an Schafhalter Eisele in Hermannsdorf verschickt. — Den Bäckern, welche am Bernersbacher Weg durch Anlage eines Obstmuttergartens Geld verlieren, wurden Erholungsreisen ausgeschrieben. — Die Gemeinde beschließt die Verlängerung des Altwanderweges und die Anlage eines Schleifweges als Notstandsarbeit auszuführen. Das Fortschritt wird um Ausarbeitung eines Projektes erlucht. — Eine Partie Brennholz und Schloßraum wird in den nächsten Tagen versteigert. — Für die im Niederholz durch Anlage eines Rebmuttergartens gesagten Bäume wird eine Entschädigung festgesetzt.

Oppau (Sitzung vom 15. Oktober)

In zwei Fällen von Straftatungen wegen Beamtenbeleidigung verlangt die Staatsanwaltschaft Entscheidung des Gemeinderats, ob er sich dem Verfahren anstellt. Aus dem besondern Rückblick erklären sich der Bürgermeister und der Gemeindevorstand, die Straftaten dann nicht zum strafgerichtlichen Urteil zu bringen, wenn die Beschuldigten eine der Schwere der Beleidigung entsprechende Summe leisten durch Zahlung eines Geldbetrages und öffentliche Zurechnung ihrer Verurteilung. In dem einen Falle ist die öffentliche Zurechnung bereits geschehen. Die Geldbeiträge werden festgesetzt. — Die Sparkasse hat die schriftliche Mitteilung gemacht, daß mit dem letzten Quartalswechsel die zweite Million Betriebskapital überschritten sei, welcher Verbindlichkeiten nicht gegenüberstehen. Der Gemeindevorstand nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis. — Die früheren Schnellfahrprämien für Fahrten lassen im Brandfalle Baumann, da es sich um einen langerwierigen Weg handelte, ausnahmsweise bezahlt werden. — Die Dolgaufbereitung in Abt. IV B wird vergeben.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

21. Oktober, 1833 *Chemiker Alfred Nobel. — 1878 Sozialistengesetz tritt in Kraft. — 1918 Österreichische Nationalversammlung beschließt Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs. — 1894 Sozialdemokratischer Parteitag Frankfurt a. M. — 1921 Genfer Entsch. Teilung Oberschlesiens. — 1923 Separatistenputsche im Rheinland.

Zu dem Nazi-Überfall in Rintheim

geht uns nach folgender Bericht eines Versammlungsteilnehmers zu:

Mit Recht empört sich nicht nur die Arbeiterschaft in Rintheim, sondern auch die der ganzen Umgebung über das Verhalten der Nationalsozialisten am vergangenen Freitag im Gasthaus zum „Schwanen“. Einwandfrei ist festgestellt, wofür auch das Verhalten der Nazis vor der Versammlung spricht, daß der ganze Überfall sehr gut vorbereitet und beabsichtigt war. Zeugen bestätigen, daß die

Nazis am Dacheingang Schotttersteine zu sich nahmen, die als Wurfgeschosse im Saal Verwendung fanden. Ebenso wird durch Zeugen bestätigt, daß ein

Sturmtruppführer aus einer großen Tasche vor der Versammlung Handwaffen an die SA-Leute verteilte.

Der Aufführung bedarf es noch, wie die SA-Leute zu den Gästen kamen, die sie von der Bühne aus als Wurfgeschosse benutzten. Dies zeigt alles, daß der Überfall planmäßig vorbereitet war, sowie aber auch das Angriffszeichen, das von der Bühne aus von den Nazis durch Pfeifensignale gegeben wurde. Der Vorgang war folgender:

Ungefähr 60 sozialdemokratisch Gesinnte hatten sich als Hörer eingefunden, die wahllos im Saale Platz nahmen. In ebensolcher Stärke waren die Kommunisten vertreten, die im Nebenzimmer Platz genommen hatten. Die Nazis selbst waren zu Beginn der Versammlung in Stärke von 120 Mann. Durch telefonischen Anruf wurden noch

weitere Sturmtrupps von den Nazis anfordert.

Die Versammlung wurde eröffnet, wobei von sozialdemokratischer Seite aus zur Ruhe gemahnt wurde, was auch eintrat. Nachdem der Ref. Dr. Vogel-Weidberg einige Minuten sprach,

rückte inzwischen der angedrohte Hitzekreis in einer Stärke von über 150 Mann an und umstellte sofort die Plätze aller politisch Andersdenkenden.

Dieses Stärkerhältnis nutzten die Nazis durch provozierendes Verhalten reichlich aus. Es kann polizeilich bestätigt werden, daß die Ausführungen in keiner Weise gestört wurden. Da das aufreizende Verhalten der Nazis für einen guten Verlauf der Versammlung keine Gewähr bot, sogen die politisch Andersdenkenden es vor, den Saal zu verlassen. Man verließ den Versammlungsleiter zu verständigen und es der Versammlung bekannt zu geben, was durch den Genossen Heller geschehen sollte. In dieser Absicht bestieg derselbe einen Stuhl. Kaum hatte Heller drei Worte gesprochen, wurde er von einem Nazis aus Karlsruhe namens Schwammberger

stürmlich vom Stuhl herunter gehauen.

Nun begann eine Tragödie, die in Worten nicht trost genug geschildert werden kann. Ein Pfeifensignal ertönte von der Bühne. In diesem Augenblick

haagelte es geradezu mit Bier- und Weingläsern sowie auch Flaschen auf die ahnungslosen Versammlungsteilnehmer.

Dem folgte ein Ansturm mit Stühlen, wobei blindlings auf die wehrlosen Genossen eingeschlagen wurde. Wer zu Boden fiel, wurde getreten, wobei einem Genossen zwei Rippen einseitig wurden. Was sich schloß konnte, drängte sich zu der an der Hofseite befindlichen Türe hinaus. Unser Genosse Heller bekam mit einem Stuhl einen Schlag auf den Kopf, nach dessen er mit der rechten Hand den Kopf zu schützen suchte. In diesem Augenblick faulte aus den Reihen der Nazis mit voller Wucht ein Bierglas auf die schützende Hand, was zum Bruch desselben führte. Den Auszug zu erreichen wurde durch Bestellen von Tischen und Stühlen unmöglich gemacht. So war nun dieser den Kohnigen preisgegeben, ohne daß ihm jemand hätte zu Hilfe kommen können. Dies geschah alles in einem Zeitraum von einigen Minuten, bis die Polizei eintraf.

Zwei Schwerverletzte und 12 Leichtverletzte unter wehrlosen Menschen ist die große Tat der Nazis. Nicht ganz uninteressant sind einzelne Namen führender Nazis und Anhänger im hiesigen Ort. Zunächst ein Jul. P. P. P., beschäftigt bei der Stadt Karlsruhe (wie und durch wen wurde er dort eingestellt?), Jul. Sch. S. S., Fahrradhandlung, zeichnete sich besonders durch Werfen von Gläsern und Biergläsern aus. Des weitern seien genannt: Ernst Schmidt, beschäftigt bei der Firma Daid u. Neu, sowie D. D. D., Milchhändler, und Oberleitungssekretär B. B. B. Auch Stadtrat Martin (Eulach) und L. B. B., Zimmergeschäft, besaßen sich sehr eifrig in den Reihen der Nazis. Auf die besonderen Charaktereigenschaften Einzelner werden wir noch zu sprechen kommen. Besonders schuldig und verantwortlich zu machen sind die oben Ermähnten, die trotz Kennen der Verhältnisse und Verlangen der Szene keinen Einhalt boten, sondern sie noch begünstigten. Dieser Vorgang zeigt der Arbeiterschaft, daß sie gewisse Lehren daraus zu ziehen hat. Maßnahmen am Ort werden in nächster Zeit noch zu treffen sein.

Zu derselben Angelegenheit wird uns von anderer Seite noch geschrieben:

Wer geglaubt hat, in eine Versammlung zu gehen, in der man sich mit Worten auseinandersetzen könne, wurde recht bald eines besseren belehrt. Denn schon der ganze Aufmarsch ließ erkennen, wofür die Sache gehen soll, hatten doch die Rintheimer Nazis anscheinend nicht den Mut, sich mit andersdenkenden Bürgern von Rintheim auseinanderzusetzen, sondern benötigten dazu ein Aufgebot von ca. 250 Mann aus Karlsruhe und Umgebung. Da sich nun auch zahlreiche Kommunisten eingefunden hatten, die es darauf anhaben, die Versammlung durch Schreien und Töhlen unmöglich zu machen, gab es schon zum Anfang tumultartige Szenen. Nachdem einermassen Ruhe eingetreten und der Referent des Abends zu Worte kam, machte derselbe durch seine nichtsagenden Worte die Versammlungsteilnehmer immer nervöser. Zahlreiche Zwischenrufe, er möchte doch endlich zu seinem Referat kommen, hatten keinen Erfolg. Stadtratordner Heller aus Rintheim wollte nun zur Geschäftsordnung das Wort nehmen und zum Verlassen des Saales auffordern, wurde aber im gleichen Augenblick von einem jungen Menschen vom Stuhl geworfen und mehrere Nazis schlugen auf ihn ein. Das war das Signal zur allgemeinen Schlägerei!

(1) Die Siedlung der Schaffersilde genehmigt. Die Refuse der Gemeinde Teufschneut und der Stadt Karlsruhe gegen die Siedlung der Schaffersilde auf dem früheren Teufschneut

10 Jahre Karlsruher Dentisten-Lehrinstitut

Karlsruhe darf stolz sein, neben der Technischen Hochschule, dem Staatstechnikum und verschiedenen Fachschulen eine der hervorragendsten Berufsschulen Deutschlands, nämlich das Lehrinstitut für Dentisten in seinen Mauern zu beherbergen. Und selbst den Nicht-Dentisten muß es mit besonderer Freude und Genugtuung erfüllen, wenn aus ihrem Munde diesem Dentisten-Lehrinstitut das Zeugnis ausgestellt wird, daß es eine Musteranstalt unter den deutschen Dentisten-Vereinstituten sei. Umso mehr haben die Dentisten allen Grund, auf dieses von ihnen selbst geschaffene Werk stolz zu sein. Das das schrittweise Bestehen eines solchen Instituts, dessen Vorhandensein auch im Interesse der Bevölkerung liegt, Anlaß genug ist, dies in gebührender Weise zu würdigen, gehört zur Selbstverständlichkeit. Und so hat die Leitung des Lehrinstituts auf letzten Sonntag vormittag 11 Uhr zu einem

offiziellen Festakt

in den Festsaal der badischen Hochschule für Musik eingeladen. So stimmungsvoll, also wie geschaffen, dieser Saal zu einer Feier ist, hatte er bei diesem Festakt allerdings den anderen Nachteil, daß er sich als viel zu klein erwies, denn Kopf an Kopf saßen und standen die Festgäste. Unter ihnen befanden sich Vertreter hiesiger, hiesiger und auswärtiger Behörden, sowie des Landtags und auswärtiger Berufsorganisationen.

Festliche Reden beethovenscher Schöpfung, von den Herren Hans Ebbcke, Gerhard Manfo und Hellmut Brumme meisterhaft vermittelt, leiteten den Festakt ein und bereiteten feierliche Stimmung. Nun bestieg der unermüdete und verdienstvolle Leiter des Instituts, Herr Direktor Kimmich, das Rednerpult, um zunächst allen Gästen, besonders den Vertretern der Behörden, Organisationen, Presse usw. ein herzliches Willkommen zu entbieten und lobend zu seiner

Festrede

überzusehen. Seine Ansprache waren keine beruhigenden Festesworte, sondern in ihrem Forderungsstand die Würdigung der geleisteten Arbeit des Instituts und die weiteren Aufgaben desselben. Nachdem er eingangs darauf hingewiesen hatte, daß infolge der Not der Zeit die Jubiläumfeier in einfacher, schlichter Weise abgehalten werde, sprach er sodann von Herzen kommende Dankesworte an Staat und Stadt für die dem Lehrinstitut dargebrachte Unterstützung. Die Dankesabstimmung geht des ferneren all den Göttern, die zur Einrichtung der Anstalt beigetragen haben und nicht zuletzt aber auch dem Lehrkörper, Redner rühmte das vorbildliche Verhalten des Ministeriums des Innern im Jahre 1920, das mit dazu beigetragen habe, daß das Institut in Karlsruhe errichtet worden ist. Er gedachte des ferneren der Opfer der badischen Kollegenschaft und der Unterstützung des Reichserziehungsamtes durch die Errichtung des Instituts vor zehn Jahren in der Steinstraße. Damals waren es 29 Schüler, heute sind es deren 90. Trotz großer Schwierigkeiten habe sich die Anstalt ausgedehnt und Lehrern die Schüler gebühre Dank, in erster Linie aber der Stadtverwaltung für die Ueberlassung der jetzigen Räume. Redner ging sodann auf den Unterricht des näheren ein, woraus zu ersehen war, daß er nicht nur umfangreich und technisch wie theoretisch das Beste vermittelte, sondern daß auch auf die Persönlichkeitsbildung großer Wert gelegt wird, ferner ein Fortbildungsinstitut für das praktische Berufsleben ist. Redner hob mit Recht hervor, daß es der Anstalt und den Dentisten gelungen sei, das in sie gesetzte Vertrauen zu erfüllen. Auf dem eingeschlagenen Wege weiterzufahren, soll auch für die Zukunft Richtschnur sein im Interesse von Stadt, Staat, Volk und Vaterland.

Durch allseitigen Beifall gaben die Gäste zu erkennen, daß Herr Direktor Kimmich ihnen aus dem Herzen gesprochen hat und auch

Exerzierplatz würden vom Ministerium des Innern am 11. Okt. 1930 als unbedeutend kostenfalls zurückgewiesen.

Döbnerverkauf. Wie wir erfahren, veranstaltet auch in diesem Jahre die Bad. Landwirtschaftskammer einen Döbnerverkauf. Derselbe findet voraussichtlich Ende d. Mts. im Novak in Karlsruhe statt.

Die Badische Presse schreit nach Bekämpfung des Straßenterrors

Im Anschluß an die Wiedergabe des Polizeiberichtes über politische Schlägereien erhebt die Badische Presse die Forderung, daß die maßgebenden Kreise mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten, um derartige Ausschüßigkeiten des politischen Lebens in Zukunft unmöglich zu machen. Sie richtet an alle beteiligten Kreise von links und rechts die ernste Mahnung, endlich die politische Hege zu unterlassen, bevor die jetzt täglich sich wiederholenden Zusammenstöße unnötige Opfer fordern. Zum Schluß schreit sie sodann nach dem Schnellrichter.

Was hier die Badische Presse fordert, wird jeder vernünftige Mensch ohne weiteres unterschreiben. Nur fehlt der Badischen Presse auch jeder moralische Resonanzboden, um eine derartige Forderung zu erheben, denn wenn dieser Straßenterror sich derart entwickelt hat, so trägt gerade die Badische Presse einen großen Teil Schuld daran. Schon längere Zeit, und in den letzten Monaten erst recht, erlauben sich die Sankt-Kreuzer derlei Ausschreitungen, deren Beseitigung die Badische Presse verlangt, aber die Badische Presse hatte noch nie den Mut, gegen die Ausschreitungen der Sankt-Kreuzer und den Straßenterror derselben auch nur ein Wort des Tadels auszusprechen. Erst letzthin, als die Ausschreitungen durch die Hitlerrowns vor der Filiale des Badischen Beobachters stattfanden, brachte die Badische Presse nur die paar Zeilen darüber, die ihr vom Polizeibericht geliefert wurden. Trotzdem jeder anständige Mensch solche Ausschreitungen mißbilligt, hatte die Badische Presse aber kein Wort der Mißbilligung solcher Ausschreitungen ausgesprochen. Hingegen aber, als den Sankt-Kreuzern in Mühlburg förmlich geseigt wurde, daß auch noch andere Leute in Karlsruhe leben, und man den Straßenterror endlich satt hat und bei dieser Gelegenheit die Sankt-Kreuzer den Ritzern soeben, da berichtete die Badische Presse in fetter Schrift und an auffallender Stelle über diese Sache. Jetzt, nachdem die Badische Presse sieht, daß sich auch die Gegenseite rührt und aktiv wird in der Abwehr gegen den Straßenterror der Sankt-Kreuzer, fordert sie nun auf einmal die Beseitigung des Straßenterrors. Nachdem es nun den lieben Freunden vom Sankt-Kreuzer aus den Krügen geht, schreit sie nach der Polizei. Die Liebe des Allerweltstables in der Lammstraße zu den Sankt-Kreuzern zeigt sich auch wieder bei dieser Gelegenheit.

Bauhütte Karlsruhe Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H.

Vor einigen Tagen hat in eigenen Haus eine Sitzung des Aufsichtsrates der Bauhütte Karlsruhe stattgefunden, um zu der Bilanz der ersten Hälfte des Jahres 1930 Stellung zu nehmen. Aus derselben konnte, wie bisher, der gesunde Stand des Unternehmens ent-

ste gewillt sind, im selben Geiste wie der Redner ans Werk zu gehen.

Die Antragsen

Der Festrede des Herrn Kimmich folgten die Antragsen einer Reihe von Gratulanten. Als erster sprach der Vertreter des Reichsverbandes der Dentisten, Herr Siebeler (Berlin), der die Anstalt als ein Musterinstitut bezeichnete, auf das die ganze badische Kollegenschaft stolz sei. Er dankte den Behörden für ihre Unterstützung, nicht minder aber auch Herrn Kimmich für die außerordentliche Arbeit. Die Grüße der badischen Regierung überbrachte Herr Ministerialrat v. Bada, der versicherte, daß auch fernerhin der Staat bereit sei, die Schule zu unterstützen. Im Namen der Landesbauhütte begrüßte seinen Oberhaupt, Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, die Dentisten zu ihrem Jubiläum und ausgereicherten Erlöse der Anstalt. Daß dieses Jubiläum auch ein glückliches Ereignis sei, trage ebenfalls zum Ansehen der Stadt bei. Er schloß mit dem Wunsch, daß in Zukunft die Entwicklung ebenfalls fröhlich vorwärtsschreiten möge wie bisher.

Des weitern überbrachten Glückwünsche Herr Oberbürgermeister Bauer im Namen der anwesenden Kandidatenvereine, Herr Emming (Berlin) für die Berliner Dentisten-Lehranstalt, wobei letzterer besonders rühmte, daß sich die Karlsruher Schule einem so schätzbaren Lehrplan ausstelle, sowie als letzte Redner Herr Büche (Frankfurt) für die dortige Anstalt und Herr P. P. P. (Berlin) für die Großzeile.

Nach der Dankesabstimmung an die Gratulanten durch Herrn Kimmich übermittelte das schon eingangs genannte Trio den ersten Satz aus dem herrlichen Brahmschen Trio Op. 87, dessen vollendete Wiederabgabe einen prächtigen Abschluß des Festaktes ersetzte.

An den Festakt schloß eine Befestigung des Festsaales durch

tuts an, die bei allen sehr große Beifriedigung auslöste.

Den Auftakt zur eigentlichen Wiedersehensfeier bildeten sechs fachwissenschaftliche Vorträge, die außerordentlich gut besucht waren. Der schöne Festsaal der Bad. Hochschule für Musik konnte kaum alle Teilnehmer fassen. Die Vorträge wurden von Universitätsprofessor Dr. med. Dr. med. dent. et Dr. phil. Lejeune (Köln), Dr. med. et Dr. med. dent. Meurer (Köln), sowie von vier Lehrern des Instituts gehalten. Ihre Gegenstände waren: „Die Entwicklung des Zahnbehandlungsstandes bis zur Gegenwart“, „Der erweiterte Durchbruch unserer Weisheitszähne und die Bedeutung von ausgehenden Komplikationen“, „Abwehrstoffe und Allergien“, „Erkrankung“ (von Oberarzt Dr. P. P. P.), „Die wichtigsten Grundfragen der Diätetik“ (von Dr. Ernst Du me r), sowie zwei Vorträge von Herr P. P. P. und Herr P. P. P. (Köln), sowie zwei Vorträge von Herr P. P. P. und Herr P. P. P. (Köln).

Am Abend trafen sich die Teilnehmer im kleinen Saal der Stadt, Festhalle. Unter der Leitung des Apothekers P. P. P. (Köln) wurde ein Fest der Freude. Dazu trug auch der badische Blumenklub, der bis auf den letzten Blühen gestillten Saal bei. Musikalische Darbietungen einer ausgezeichneten Kapelle, welche sich mit humoristischen Vorträgen von Kräften des Landesverbandes. Vor allem aber wurde der Direktor des Instituts Emil Kimmich in außerordentlicher Weise in einer Reihe von Ansprachen von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands, den Lehrern und Verwaltungsratsmitgliedern des Instituts wurden zur Anerkennung Blumenpfeifen überreicht. gemeinsamen Gefühlen aller Teilnehmer gab sich die Wiedersehensfreude besonders ausdrucksvoll kund. Begeistert kamen die anwesenden Liebenden das Deutschlandlied, um auch des gemeinsamen

namen werden. Der Geschäftsführer konnte berichten, daß trotz Unangst der Zeit die Beschäftigung der Bauhütte eine recht befriedigende war. Auch der gegenwärtige Auftragsbestand gibt zu erwarten keinen Anlaß. Dem langjährigen Geschäftsführer wurde der Dank ausgesprochen und die Bilanz einstimmig genehmigt.

Um die Erhaltung des Autobusbetriebes nach Kuppurr

Protestversammlung des Bürgervereins Kuppurr.

Der Bürgerverein Kuppurr hat auf Samstagabend ins „Eichhorn“ eine Protestversammlung einberufen, zu der die gesamte Bürgerchaft eingeladen war. Herr Sekretär K. K. K. eröffnete die auf beschlossene Versammlung und ging in längerer Ausführungsrede auf den geschichtlichen Werdegang der Verkehrsfrage Kuppurr ein. Er betonte, daß der Autobusverkehr bisher ein Kuppurrer Bürgerrecht vollaus befriedigte. Der Antrag zur Erhebung der Autobuslinie ging nicht von der Stadt, sondern von anderer Seite aus. Der Autobus ist nicht wegen seiner „Eichhorn“ beliebt, sondern wegen seiner schnellen Beförderung Verkehrsbedürfnisses. Die Stadtverwaltung hat zwar einen kleinen Stand, aber es kann niemand behaupten, daß die Linie Kuppurr weniger rentabel ist wie die übrigen Vorortlinien. Wir müssen hier keine Steuerefreiheit, insofern dessen erwarten wir, wir nicht schlechter behandelt werden wie andere Städte. Unser Autobusverkehr soll kooperiert werden, damit das Fortium der Weges sich eine sichere Zukunft sichern kann. Gestrichelt die Straßenbahn für den Verkehr mit der Innenstadt, dann Kuppurr und Zufriedenheit wieder in die Bedürfnisse des Kuppurr Kuppurr einführen!

In der Diskussion, die eine sehr rege war, kam in der Schärfe zum Ausdruck, daß man mit der Weges absolut unzufrieden ist und nicht glaubt, daß sie einen befriedigenden Verkehr zwischen der Stadt und Kuppurr-Gartenstadt-Dammerhof einzuhalten der Lage ist. Mit aller Entschiedenheit forderten deshalb die Kuppurrer, daß der Autobus solange erhalten werden muß, bis eine Straßenbahnverbindung geschaffen ist. Auch die Kuppurrer zweifel darüber laut, daß der Autobusbetrieb ein Zubehörsbetrieb sei, und verlangt, daß besondere Fahrkarten für den Kuppurrer Betrieb eingeführt werden sollen, damit eine wirksame Rentabilitätsberechnung möglich sei. Ein Redner protestierte dagegen, daß die Kuppurrer und Dammerhöfer die Forderung gaben sollen für eine Linie der Weges, die sich nicht rentiert, in allen Nebenklagen die Forderung heraus: Entweder Kuppurr oder Straßenbahn!

Zum Schluß der ruhig und sachlich verlaufenden Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute im großen Eichhornsaal sehr stark besuchte Versammlung protestiert unter Zustimmung sämtlicher anwesenden Vertreter gegen die Absicht, den Autobusverkehr zwischen Kuppurr und Gartenstadt-Dammerhof einzustellen. Auf Grund langjähriger Erfahrungen ist der Auffassung, daß die Weges der Verkehr zwischen Kuppurr und Kuppurr nie befriedigend bewilligen wird. Sie fordert daher die Kuppurrer, daß die Stadtverwaltung die Forderung der Kuppurrer, den bestehenden Straßenterror in Karlsruhe nach Kuppurr, bis zur Verlangung der Vermittlung der Aufrechterhaltung des Autobusverkehrs,“

Die Polizei berichtet:

Politische Schlägereien

Am Montagabend verhielten sich Nationalsozialisten wie Kommunisten umlagend durch Karlsruhe zu veranlassen, was ihnen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von der Polizei untersagt wurde. Im Anschluß hieran zogen beide Parteien in kleineren Gruppen durch die Stadt. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Nationalsozialisten in der Altstadt und in der Kaiserstraße zwischen Durlacher Tor und Herrenstraße. Die Polizei mußte wiederholt zum Aufrufen greifen, um die Gegner zu trennen und die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bei den Schlägereien gab es verschiedene Verletzte. Die Täter sind zum Teil ermittelt. Mehrere Personen gelangen wegen verbotenen Waffenragens zur Anzeige.

Die Entfernung eines Verammlungsplakats der NSDAP, mußte anordnet werden, da sein Inhalt geeignet war, den öffentlichen Rechtsfrieden zu stören. Aus dem gleichen Grunde war das Verbot der Verammlungen selbst notwendig.

Nicht Personen gelangen zur Anzeige, weil sie am Montagabend die von der Polizeidirektion angeordnete Ueberführung von Plakaten von den Anschlagplätzen abholten. Einer der Anschlagplakate wurde um halb 1 Uhr nachts von seiner Faustkeite in der Durlacher Allee von drei Burischen, offenbar aus Kade, mißhandelt.

Selbstmordversuch

Am Montagabend um 8 Uhr wurde in der Linkenheimer Landstraße in der Nähe des Artilleriedenkmal ein lebiges 17 Jahre altes Mädchen mit einer Schür um den Hals auf dem Boden liegend aufgefunden. In der Nähe lagen ihr Fahrrad und eine Aktentasche. Auf der Polizeiwache am Linkenheimer Tor erlangte sie das Bewußtsein wieder, und man erfuhr, daß sie aus Liebeskummer durch Selbstvergiftung ihr Leben ein Ende machen wollte. Da sie von ihren Selbstmordgedanken nicht abließ, lieferte sie die Polizei ins Krankenhaus ein.

Raubversuch

Am Montagabend wurde ein 17 Jahre alter Kaufmann auf dem Weg durch die Kleinfelder nördlich der ehemaligen Draagestraße von einem unbekannten Mann angehalten und zur Herausgabe von 5 Mark aufgefordert. Als er dem Wegelagerer entgegenstand, daß er kein Geld habe, schlug dieser mit einem Stock auf ihn ein. Durch Getöse gelang es dem Anwesenden, sich loszumachen und von seinem Angreifer verfolgt zu fliehen. In der Stichwunde ließ dieser von ihm ab und machte sich angesehens von Passanten in Richtung nach dem Hardwald aus dem Staub.

Massenbesuch im Rheinstrandbad Kuppenwör

Kundenliste mit der „Seeschwabe“. 75 Freifläche.

Bei außerordentlich starkem Besuch im Rheinstrandbad Kuppenwör (über 7500 Besucher) spielte sich auch am vergangenen Sonntag ein interessantes Leben und Treiben bei den Kundengängen der „Seeschwabe“ ab, zahlreiche Personen, darunter auch viele Freunde aus der näheren und weiteren Umgebung, benutzten die seltene Gelegenheit, um einen Blick über die Rheinebene, Karlsruhe und Umgebung auszuführen. Die Freifläche, die zur Ausübung kamen, fielen auf die Nummern: 5756, 5809, 14104, 14197, 83 894, 84 003, 84 106, 84 112, 84 307, 84 519, 84 734, 84 738, 84 829, 84 847, 84 866, 84 900, 84 908, 84 935, 84 940, 85 143, 85 151, 85 181, 85 260, 85 274, 85 288, 85 305, 85 331, 85 371, 85 386, 85 001, 85 054, 85 173, 85 254, 85 649, 85 835, 85 851, 85 857, 87 013, 87 118, 87 281, 87 306, 87 479, 87 720, 87 915, 88 052, 88 066, 88 073, 88 152, 88 294, 88 362, 88 431, 88 570, 88 676, 88 747, 88 773, 88 795, 88 837, 89 068, 89 104, 89 478, 89 495, 89 614, 89 804, 89 955, 91 009, 91 177, 91 206, 91 724, 91 696, 91 758, 91 763, 91 804, 92 028, 92 035, 92 865. Am Samstag wurden nachstehende Eintrittskartennummern ausgelost: 82 992, 83 210, 83 253, 83 296, 83 346, 83 352, 83 430, 83 491, 83 576, 83 614, 83 655, 83 681, 83 820.

Die Freifläche können heute in der Zeit von 10-16 Uhr ausbezogen werden.

Kuppurr

Parteierversammlung. In der am 17. Oktober 1930 stattgefundenen Parteierversammlung sprach Gen. Richter Vos über die in Karlsruhe und Umgebung und hohes Niveau. Seine reiche Erfahrung und Sachkenntnis auf dem Gebiete des Siedlungswehens gestatteten ihm die Vorer in anschaulichster Weise mit den Problemen der Wohnungserstellung für den kleinen Mann bekannt zu machen. Trotzdem in letzter Zeit fast gebaut wurde, besteht gerade an Kleinwohnungen noch ein großer Mangel. Diesem Mangel wollen vor allem die Baugesellschaften steuern, denn der Privatunternehmer baut keine Wohnungen, die dem Geldbeutel des Proletariats angepaßt sind. Es ist nicht richtig, für die Beseitigung des Wohnungsnotstandes zu sorgen, sondern für die Beseitigung des Wohnungsnotstandes zu sorgen, denn es ist notwendig, daß beim Freierwerb einer Wohnung sofort ein höherer Mietzins verlangt wird. Nichts ist, das Problem der Wohnungsnot von unten her zu lösen, d. h. für die breite Masse Wohnungen zu erstellen, die sie bezahlen kann. Diese Lösung hat in letzter Zeit ihren Anfang genommen. Auch das Reich hat 100 Millionen Mark zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt und hat dabei ausdrücklich bestimmt, daß der Mietzins nicht höher als monatlich betragen darf. Es ist jetzt Sache der Architekten die Kleinwohnungen so zu gestalten, daß sie noch genügend annehmbar sind und eine gewisse Höhe behalten. Es ist heute nicht mehr angelegig, daß ein Mann in einer Kleinwohnung wohnt. Auch allerhöchste Wohnungen werden der Wohnungsnot zu erstehen, aber es ist doch eine Besserung der Wohnungsnot zu erwarten, so daß das Geld für die Kleinwohnungen sich nicht rennen. Weiterhin sagte Gen. Vos an Hand von Lichtbildern, wie man in verschiedenen Städten an die Lösung des Kleinwohnungsproblems herangeht. Auch wie die Mietpreise durch den jeweiligen Zinsfuß der Sparkassen abhängen, machte der Redner den erschienenen Genossen klar. Sache der NSD. ist es, auf dem Reichsruher Rathaus dafür zu sorgen, daß der Zinsfuß eine feststehende Summe und nicht dem Sparkassenzinsfuß gleitend angepaßt ist, da sonst der Mieter nie eine Mietpreismäßigung verhoffen und die Vorteile eines niederen Zinsfußes nur dem Hausbesitzer zugute kommen. Gen. Vos wies weiter noch darauf hin, daß Familien mit 4 und mehr Kindern und Kriegsbeschädigte einen Sonderzinsfuß für die Stadt und besondere Baubehörden von Seiten des Staates erhalten, so daß sie heute etwa 30 Prozent Wohnung zu bewohnen möglich ist.

Der reiche Bestand zeigte, daß die sehr reichhaltigen und interessanten Ausstellungen dankbare Hörer gefunden hatten.

(c) „Gari — Gari“ — Der Ursprung der afrikanischen Wildnis! Nebenall dem einen in den letzten Tagen die Frage: „Was ist Wer ist Wo?“ „Gari-Gari“? Es ist ein Film, der das Ergebnis einer großangelegten Filmexpedition, der es unter der Leitung von Hugo Bernhart umgesehen ist, bis in das Innere Zentralafrikas vorzubringen. Dieses außerordentlich reichhaltige und interessante kulturgeschichtliche Bilderbuch, das einen Einblick in die Geschichte und Erfahrungs der Völker des Gebietes gewährt, das heißt die Eingeborenen und Erfahrungs der Völker zu erlebigen des Schwarz werden lassen. Hierdurch wurde der Zusammenhang zwischen den einzelnen Bildern geschaffen, der sich als ein interessantes und spannendes Bild darstellt. Die Bilder sind in einer sehr großen Zahl in einer Reihe von Bänden erschienen und in einer sehr großen Zahl von Bänden erschienen und in einer sehr großen Zahl von Bänden erschienen.

Wasserstand des Rheins
Bösel 127, gef. 6; Waldshut 310, gef. 16; Schupferringel 187, gef. 5; Rebl 321, gef. 14; Maxau 526, gef. 18; Mannheim 466, gef. 32 Zim.

Letzte Nachrichten

Die schreienden Landoölkler

Berlin, 21. Okt. (Funkdienst). Die Landoölkler fordern eine grundlegende Umbildung des Kabinetts. Ihre Forderung erklärt, die Abhängigkeit des Kabinetts Brüning von der Sozialdemokratie sei nunmehr in aller Öffentlichkeit erwiesen. Infolge der verstärkten Verbindung des Kabinetts Brüning mit der Sozialdemokratie erscheine die Lösung der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landoölkler als unmöglich. Die Landoölkler bringe daher unter Aufrechterhaltung ihres Vertrauens zum Minister Schiele ihre Forderungen nach einer grundlegenden Umbildung der Regierung unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses zum Ausdruck.

Strammer Nazi und Kapitalflucht

Berlin, 21. Oktober (Funkdienst). Im Bankkontor einer dänischen Grenzstadt erschien unlängst, wie der Kopenhagener Sozialdemokrat mitteilt, ein Deutscher, der dringend eine Unterredung mit dem Direktor verlangte. Während der Unterredung offenbarte der Deutsche seinen Kopf, trennte das Futter auf und überreichte dem Direktor 3500 Mark zur Verwahrung. Der Direktor erkundigte sich daraufhin etwas genauer. Der Deutsche bekannte sich als Franzose, der in der Nationalsozialistischen Bewegung, das „dritte Reich“ werde bestimmt kommen. Was dahin müsse man jedoch noch mit allen Möglichkeiten rechnen. Darum bringe er sein Geld in Sicherheit.

Die Revisionsdebatte

Paris, 21. Okt. (Funkdienst). Der frühere belgische Außenminister Spaak erklärte sich in einem am Dienstag in der Republik veröffentlichten Interview offen für die Revision der Verträge und des Youngplans. Nach einer mehrwöchigen Reise durch Deutschland und Mitteleuropa könne er nur sagen, daß er von dem Grad der politischen Unsicherheit auf höchste entsetzt sei. Der Augenblick sei höchst kritisch und verlange die aktive Zusammenarbeit aller Demokraten Europas im Interesse des Friedens. Er selbst sei bereit dafür jedes Opfer zu bringen. Es sei leider unmöglich, sofort mit einem Schlag die europäischen Grenzen zu revidieren oder den Youngplan umzuändern. Zunächst müsse man die wirtschaftliche Einheit Europas herstellen. Wenn einmal die Zollwäuer abgerissen und Europa wirtschaftlich so organisiert sei, daß es keine Millionen Arbeitslose gebe, könne man auch an die politische Einigung denken.

Paris, 21. Okt. Die englischen Meldungen über ein etwaiges Moratorium für die internationalen Schulden und die Youngabgaben werden in der Berliner Presse leidenschaftlich und meistens scharf ablehnend kommentiert. „Der“ erklärt, Frankreich habe die ganze Debatte nichts an, denn es habe dabei weder etwas zu gewinnen, noch zu verlieren. Aber schon der Exzellenz, der im gleichen Verlag wie der Petit Parisien erscheint, lehnt jeden Gedanken an ein Moratorium rundweg ab. Eine Revision des Youngplans, erklärt der Figaro, sei nur eine Prämie an die Erpressungspositional der Stahlwerke und Silberbanken. Ferner im Echo des Paris berichtet sogar, daß die Reichsregierung in Paris schon Vorbereitungen unternimmt, um die Revision zu verhindern.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wir befinden uns ungewändert an der Südseite der norddeutschen Zyklone und haben Zufuhr maritimer Luft. Das Westwetter wird anhalten. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, 22. Oktober: Vorwiegend wolfig bei westlicher Luftzufuhr, zeitweise Regen und Temperaturrückgang.

Ihr Werbemittel müßte immer nur der Volksfreund sein

Weißer Raum ist kostbares Gut!

Anzeigenraum schafft Werte! Bedenken Sie: Sie sprechen durch eine Anzeige 20 Tausenden. Gute Inserate bringen Erfolg

Veranstaltungen

25jähriges Jubiläum! In den nächsten Tagen hat der Rentaberdand der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angebotenen, Zweigverein Karlsruhe auf sein 25jähriges Bestehen zurückzuführen. Ausdrücklich die Geschichte des Vereins an dieser Stelle zu beschreiben, würde zu weit führen. Doch einiges dürfte hier schlagend werden. Der Verein, der im die wirtschaftliche Befestigung nicht nur seiner Mitglieder, sondern auch darüber hinaus aller gewirtschaftlichen Angehörigen im Verlaufe der 25 Jahre gestritten hat, daß dadurch gezeigt, daß die Berufsvorbereitung der Wirtschaftswissenschaften erforderlich ist. Seine Mitgliederbewegung ist heute wirtschaftlicher Natur oder gerade deshalb rasch vorwärts gekommen. Reich großer Betreuer. Ein Mitglied der Vereinigung, der in Karlsruhe, dürfte die Aufgabe sein, daß aus Anlaß dieses Festes nicht weniger als über 30 Mitglieder durch langjährige oder 10- bis 25jährige Mitgliedschaft besonders geehrt werden können. Das offizielle Fest wird am 4. November d. J. in den Eintrachtsallen stattfinden. Es wird, wie alle vergangenen Veranstaltungen wieder zu einem Ergebnis der gastronomischen Angelegenheiten werden. Wärendes darüber habe die in Karlsruhe kommenden Anzeigen. Verbunden mit dem Stiftungsfest ist eine Abendmahlfeier. Da habe ich im Konventionssaal Breitbar, hier, Kaiserstraße, ausgeführt, und kann dort in diesen Tagen angesehen werden.

Veranstaltungen

Kaffee-Bauer. Die Kaffee-Bauer veranstaltet heute Dienstag wieder einen ihrer Operetten- und Schlager-Abende. Durch den vorbildlichen Vortrag moderner Musik erfreuen sich diese Abende großer Beliebtheit. (Ziehe die Anzeige.)

Wasserstand des Rheins

Bösel 127, gef. 6; Waldshut 310, gef. 16; Schupferringel 187, gef. 5; Rebl 321, gef. 14; Maxau 526, gef. 18; Mannheim 466, gef. 32 Zim.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung
Wir machen an dieser Stelle auf die morgen Mittwoch stattfindende Hauptversammlung aufmerksam. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist der Zutritt zur Versammlung nur gegen Vorzeigen der Mitgliedsbücher gestattet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Handballer. Heute (Dienstag, 21. Oktober), Punkt 7 Uhr abends, Spielerversammlung im „Solmen“ (kein Trinkswang). Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Veranstaltungen

Dienstag, den 21. Oktober 1930
Badisches Landes-Theater: Carmen, 20 Uhr.
Gastspiel: Das große Affenkonspiration, 20 Uhr.
Schauburg: Die große Schmutz.
Kantat-Bühne: Die Himmelskinder.
Gloria-Ballet: Peter, der Matrose.
Union-Theater: Gari, Gari.
Reinhold-Schiff: Ein Tango für Dich.
Rheinstrandbad Kuppenwör: Rund- und Sonderfahrten mit dem Wasserflugzeug „Seeschwabe“ Tagl. von 11 bis 17 Uhr.
Bad. Volksspiele: Stühende Berge, Stammendes Herz, 20.30 Uhr.
Kaffee-Bauer: Operetten- und Schlagerabend, 20.30 Uhr.

Vereinsanzeiger

Reinhold-Schiff. Die Mitglieder werden hiermit besonders auf die am Mittwoch, den 22. Okt., um 20 Uhr im Friedrichsboi stattfindende Hauptversammlung der NSD. hingewiesen. Parteibuch ist vorzulegen.

Kein Fleisch und doch Bratensoße

„Man kann nicht jeden Tag Fleischpreisen machen“, — klagt die Hausfrau; — „aber Kartoffeln, Makkaroni, Nudeln, Röhre usw. schmecken, trocken gereicht, nicht gut.“ Da bedeutet Knorr-Bratensoße für die gewaltige Hausfrau eine erteuliche Hilfe. Ein Würfel zu 15 Wfa. gibt sofort Soße wie 2 Wfd. Braten. — Diese Lunte, in der alles enthalten ist — von der Fleischsoße bis zum feinsten Gewürz — ist ausgiebig und nahrhaft und schmeckt auch ohne Fleisch vorzüglich.

Sonntag, 26. Oktober, vormittags 3/4 11 Uhr im großen Saale der Festhalle: **Morgenfeier** zu Ehren des Arbeiterdichters und Sozialpädagogen Robert Seidel, Zürich, der persönlich anwesend ist. Eintrittspreis 20 Pfg. Sozialdemokr. Partei Karlsruhe: Koch / Gewerkschaftskartell: Erb, Schulenburg / Arbeiter-Sängerkartell: F. Menges

Handels-Hochschulkurse
Karlsruhe u. Beamten-Kurse
der Verwaltungs-Akademie
Baden

Winter-Semester 1930/31

1. Deutsches Bürgerliches Recht. Senats-Präsident Dr. Lewis, Dienstag, 8 Uhr, Beginn 28. Okt.
2. Besprechungen über Bürgerliches Recht. Senats-Präsident Dr. Lewis, Dienstag 9 Uhr, Beginn 28. Oktober.
3. Allgemeine Staatslehre. Professor Dr. Jellinek, Donnerstag, 8 Uhr, Beginn 30. Oktober.
4. Finanzwissenschaft. Professor Dr. Wehrle, Mittwoch 7/8 Uhr, Beginn 5. November.
5. Betriebswirtschaftslehre. Direktor Dr. Maltzer, Montag, 7 Uhr, Beginn 27. Oktober.
6. Philosophie (Halbsemesterkurs). Professor Dr. Drews, Donnerstag, 7 Uhr, Beginn 8. Januar 1931.
7. Literaturgeschichte (Halbsemesterkurs). Gymnasialdirektor Dr. Marx, Montag, 8 Uhr, Beginn 27. Oktober.
8. Vorträge in englischer Sprache (Halbsemesterkurs). Direktor Dr. Ode, Donnerstag, 7 Uhr, Beginn 30. Oktober.
9. Vorträge in französischer Sprache (Halbsemesterkurs). Professor Gerstner, Donnerstag 8 Uhr, Beginn 8. Januar 1931.

Besuchsgebühr für sämtliche Kurse Mk. 18,- für einen Semesterkurs Mk. 6,-, für einen Halbssemesterkurs Mk. 3,-. Anmeldungen bei A. Blefeld's Hofbuchhandlung, E. Kundt, Müller & Gräff, Braunsche Buchhandlung, A. Trotschütz, J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath, Buchhandlung zur Hauptpost und der Geschäftsstelle des Beamtensbundes, Nowacksanlage 19. 6894
Karlsruhe, Oktober 1930.
Das Kuratorium.

Kaffee Bauer

Heute Dienstag, 20.30 Uhr,
Operetten- u. Schlagerabend
der Kapelle Krämer.

Ettlinger Anzeigen

Gemeindefassung
Erhebung von Kanal- und Schwemmgeldern betr.

Wegen des § 113 Abs. 3 der Gemeindeordnung und § 75 der alten Gemeindeordnung wird mit Wirkung vom Beginn des laufenden Rechnungsjahres folgende Gemeindefassung erlassen:

§ 1.
Die der Stadtgemeinde durch die Ableitung und Reinigung der Abwässer (Kanalabwässer und Gäßwässer) entstehenden Kosten sind von den Eigentümern der Grundstücke, die an die Stadt Entwässerungsleitungen angeschlossen sind, in Form fortlaufender Gebühren zu erheben.

§ 2.
Die Gebührenpflicht beginnt für jedes Grundstück mit dem auf den Tag der Fertigstellung des vorläufigen oder endgültigen Anschlusses folgenden Kalenderdrittjahres.

§ 3.
Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, spätestens 3 Tage vor Beginn der Gebührenpflicht dem Stadt Rechnungsrat Anzeige über die Fertigstellung des Anschlusses zu erstatten.

§ 4.
Die jährlichen Gebühren werden durch Umlegung der veranschlagten Selbstkosten getrennt nach Ableitung der Kanalabwässer (Kanalgebühren) und Ableitung der Gäßwässer (Gäßabwässer (Schwemmgeldern)) auf die beteiligten Grundstücke im Verhältnis ihrer Steuerwerte im Voraus ermittelt und in Hundertteilen der Steuerwerte im Voraus festgesetzt. Als Steuerwert gilt der Wert, zu dem das Grundstück zur Sub. Grund- und Gewerbesteuer herangezogen wird. Wo dieser Steuerwert fehlt, wird durch den Gemeinderat ein entsprechender Wert festgesetzt.

§ 5.
Die Gebühren sind zusammen mit der Gemeindesteuer zu entrichten. 1481

§ 6.
Mehrere Eigentümer oder dinglich Rangberechtigte haben für die Gebühr gesamtschuldnerisch. Bei einem Wechselsfall ist außer dem neuen auch der bisherige Zahlungspflichtige bis zum Ablauf des Kalenderdrittjahres, in dem der Wechselsfall angezeigt wird, für die Gebühr haftbar.

§ 7.
Der Gemeinderat wird ermächtigt, Vollzugsbestimmungen zu erlassen.

Ettlingen, den 29. Juli 1930.
Gemeinderat — Der Bürgermeister
Vorliegende Gemeindefassung, zu der der Bürgerausschuss unterm 8. August 1930 seine Zustimmung erteilt, und die der Bezirksrat Ettlingen unterm 23. September 1930 für unbeanstandet erklärte, wird hiermit gemäß § 27 der Vollzugsverordnung zur Gemeindefassung öffentlich bekannt gegeben.

Ettlingen, den 15. Oktober 1930.
Der Bürgermeister

Zurück!
Dr. C. H. Ludowigs
Facharzt für Urologie
Kochstr. 1 Telefon 3698
1920

Kleines Kind
wird in gute Pflege genommen. — Baldu, 21. Hagenstr. 86, 2. St.

Suche für meinen 10-jährigen Sohn einen Wintermantel.
Angeb. u. 6691 Volksfr.

„Gari-Gari“ Erouk und Liebe im schwarzen Erdteil

Hier wenige Tage das hochinteressante Kultur-Filmwerk

„Gari-Gari“ ist etwas extravagantes aus dem innersten Afrika.

Der Film zeigt das Lebensschicksal eines freien Negerlebens in sieben Abschnitten

Erlaubtes und Erlebtes, bis jetzt noch nie Gezeigtes, von bisher unbekanntem schwarzen Volksstamm. Lebenswahrer Bilder und Szenen ihrer eigenartigen Tänze, Sitten und Gebräuche

„Gari-Gari“ stellt das Ergebnis einer 1-jährigen Afrika-Expedition d. bekannten Forschers: R. A. Bernatzki dar und hat überall größte Erfolge gehabt

Jugendl. haben Zutritt und zahlen nachm. halbe Preise
Täglich 4.00 5.40 7.20 9.00 Uhr 6703

UNION-THEATER

Das Jubiläumsgeschenk
unserer Fabrikanten-anläßlich des 25-jähr. Geschäftsjubiläums — besonders preiswerte Warenposten. Nutzen Sie diese Gelegenheit aus und kaufen Sie bei Erb, Kaiserstr. 115, gute Qualitätswaren zu lächerlich billigen Preisen.

Geblütspeise-Kartoffeln
für den Winterbedarf aus den besten badischen Kartoffelanbauern, in bekannter guter Qualität, liefert prompt und billig frei Keller an Private und Großverbraucher

Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e.G.m.b.H., Karlsruhe
Büro: Lauterbergstr. 3 / Lager: Schlachthausstr. 3 / Tel. 4620-4626

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
Bezirk Mittelbaden.

Sonntag, den 26. Oktober, ab nachmittags 3 Uhr, findet im großen Saale zum „Kühlen Krug“ unsere **Herbstfeier** mit Ehrung der Jubilare und **Festball** statt, wozu wir alle Verbandsglieder und Gewerkschaftskollegen mit ihren Angehörigen freudlichst einladen.

Die Festmessen 6700
NB. Programme sind bei all. Vertrauensleuten zum Preise von 50 Pfg. zu haben.

Radio
4 Röhren, nebst Lautsprecher, gute Werte, zu verkaufen. Nach in Betrieb zu setzen 10-12 Uhr. Brauerstr. 17, 3. Stod. 6693

Arbeiter-Gesangverein
ca. 50 Sängern, in der Nähe von Karlsruhe, sucht tüchtigen **Dirigenten**

Angebote mit Honorarforderungen u. Fr. 1821 an d. Volksfreundbüro.

17-jähriges Mädchen sucht Stellung zur Erlernung des Haushalts (auch 2 Kindern). Adresse im Volksfreundbüro

Röhrenmaschine, 35 Mk. Ferner 1 Singer Nähmaschine, 3 Mk. die Woche, nehme alle in Zahlung. 6668
Stad, Adlerstr. 9, part.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. 631160
Königsstr. 22, 3. Stod. bei Wegler.

Möbl. Zimmer
zu vermieten. 631160
Rabenweg 8, Altbldg.

Möbl. Zimmer, heizb., m. Frühstück, auf lot. zu verm. Zu ertr. u. 31077 im Volksfreundbüro.

Seeres, großes Zimmer an alleinlebende Person zu vermieten. 631160
Angehörigen von 1-3 Uhr im Volksfreundbüro.

Schön Zimmer elektr. möbl. fort zu vermieten. 631160
Dirichstr. 42, 2. Stod.

Achtung! Hausfrauen!

Das auf der Ausstellung „Die Hauswirtschaft“ mit so großem Erfolg vorgestellte und allgemein gelobte:

Eiffriede-Universalwachs, fest zu Mk. 1.40 die 2 Pfd.-Dose und zu Mk. 0.70 die 1 Pfd.-Dose

Parlino, flüssig zu Mk. 2.50 das große Kännchen

erhalten Sie bei:

Oststadt: Drogerie Gg. Jakob, Ludwig-Wilhelmstr. 8. Drogerie Ph. Menges, Duracherstr. 11.

Südstadt: Drogerie Mayer, Schützenstraße. Drogerie u. Kolonialhandlung, Morgenstraße. Hauswirtschaftsgeschäft, Hammer 4. Hauswirtschaftsgeschäft, Kaiserstraße. Hauswirtschaftsgeschäft, Gebr. Wilsdorf, Kaiserstraße. Eisenwaren Otto Stoll, Kaiserplatz. Drogerie Jakob Lisch, Herrenstraße. Tapetenhaus Beck, Kaiserstraße Hauptpost. Süweststadt: Drogerie Otto Fischer, Kaiserstraße. Drogerie Fritz Mönchhoff, Lenzenstraße. Drogerie Joh. Weingartner, Südstadt. Drogerie A. Nitzing (früher Haackel), Kaiserstraße.

Weststadt: Drogerie Ernst Daniel, Kaiserallee 30. Drogerie Karl Lisch, Körnerstraße. Drogerie Fritz Reiss, Schillerstraße 63. Lebensmittelgeschäft Neuhoff, Kriegerstr. Ecke L. obere Lebensmittellieferanten, Südstadt. Kaiserallee 55.

Mühlburg: Brosen und Kol. G. Holzwarth, Weidenstraße 13.

Ruppert: Hauswirtschaftsgeschäft Jak. Baum, Götterstraße 13.

Carmen
Oper von Bizet
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Baag
Mitwirkende: Wanz, Grünwald-Schjert, Seibelich, Winter, Söhlhoff, Kainböck, Reiter, Edler, Venting, Nitsch, Kleinbusch, Anfang 20 Uhr Ende 23 Uhr

Briefe C (1.00—7.00) 1480
Str. 22, 10. I. Einpionier-Konzert Do. 23. 10. Die Weinlese und der Göttergänger. Fr. 24. 10. Die Jüdin. Sa. 25. 10. Zum ersten Mal: Adolfs-Welt. Dienstag: Neu inszeniert: Der Diener zweier Herren. So. 26. 10. Samstag: Der Waffenschied. Abend: Follia. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung. Mo. 27. 10. Die Wibelungen I. und 2. Abteilung.

Gaggenauer Anzeigen

Gefuch des Jakob Deubler in Gaggenau um Genehmigung zum Ausschank von Wein und Flaschenbier in seinem Kaffee „Waldfrieden“ betr.

Jakob Deubler in Gaggenau hat um Genehmigung zum Ausschank von Wein und Flaschenbier in seinem Kaffee „Waldfrieden“ nachgesucht.

Etwasige Einbrachen hiergegen sind innerhalb 8 Tagen schriftlich oder mündlich vorzubringen. Gaggenau, den 17. Oktober 1930. 1480
Der Bürgermeister: Engelbert.

Radio
4 Röhren, nebst Lautsprecher, gute Werte, zu verkaufen. Nach in Betrieb zu setzen 10-12 Uhr. Brauerstr. 17, 3. Stod. 6693

Durlacher Anzeigen

Taubenausflug.
Gemäß § 34 der Feldpolizeiverordnung wird der Taubenausflug wegen der Spätharvestensaison von heute ab 3 Wochen lang verboten.

Zu werde durch vollständige Kontrolle festgestellt lassen, ob die Taubenausflüge geschlossen sind und gegen Zuwiderhandeln strafend vorgehen.

Durlach, den 20. Oktober 1930.
Der Oberbürgermeister.

Friedrich Döpper
Haar-Cottone-Entnehmer der preuß.-Hdb.

Klaffen-Lotterie
Karlsruhe, Freitagstr. 3a
Ede Ruppertstr. 20
Telephon 6286
und Filialen

Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit, bei Vertheilung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.

Ziehung 1. Klasse 24 Freitagstr. u. 25. Oktob.

Colloleum
Heute abend 8 Uhr:
Das große Attraktions-Programm

Varieté-Kunst in höchster Vollendung 67003

Neues Sauerkraut
Dürrfleisch
Salzfleisch

Jeden Dienstag und Freitag 67003

frische Leber- und Grubenwurst empfiehlt

Metzgerei LANG
Kriegstraße 183
Telefon 665

Reichsbanner-Uniform nahezu neu für schlanke Figur billig zu verkaufen. Pöbler, Weibstr. 6 III

Gleichrichter, 110 Volt, zu verkaufen. 61076
Kuglerstr. 66 III I

Saunofen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Georg-Friedrich-Str. 18, 1. St. IV.

Gebn. Jugalampen für elektrisch Licht sehr bill. abzugeben. Gartenstr. 11, 1. St. IV.

Gebrauchter Kinderwagen billig abzugeben. Kuglerstr. 88, 3. St. III. 631073

Wass. Smoking, Gehrock-Anzüge bereitet 6300
Georg-Friedrich-Str. 11

RIMA
Schuhinstandsetzungsfabrik
eröffnete
Kronenstraße 25
neben Fa. Pfannkuch vis-à-vis von Fa. Riempp eine
Filiale

Alle Vorteile, wie im Hauptgeschäft, Karlsruh. 15. Sorgfältig u. schnelle Bedienung Billige Preise

Bereits viele 10000de zufriedene Kunden!

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit 870 Millionen RMk. Versicherungssumme, 115 Millionen RMk. Vermögen davon Eigentum der Versicherten:

über 80 Millionen RMk. Prämienreserve
über 20 Millionen RMk. Gewinnanteile
zusammen **über 100 Millionen RMk.**

Versicherungsleistungen: 11 Millionen RMk. seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstraße 16; Schramberg i. Würtemb. Landenbergerstraße 14, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61.

SIE WOLLEN SPAREN?

Sie wollen an den Ausgaben für die Kundenwerbung sparen? Dann konzentrieren Sie Ihre Werbung auf anerkannt gute Werbemittel. Bevorzugen Sie nur den Volksfreund, der alle Käufergruppen umfaßt!

Wälcherei Roll
wäscht von 20 Pfd. ab jede Wäsche **separat** 6301
also hygienisch • unter Garantie

Bienen-Honig
garant. naturreinen Schwarzwald-Tannenhonig diesjährige Ernte, das Beste und Feinste, was von den lieben Bienen erzeugt wird. 10 Pfd. = 16.- Mk. 5 Pfd. = 8.50 Mk. ohne Rechenfolien (Eimer, Forto)

Th. Zwecker, Karlsruhe,
Karlsruhe 134 31168

